Donnerstag, 8. September 1932
A
14. Jahrgang Nr. 211

Arbeiter-Zeitung

Du wirst belogen
von der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse
Die nackte Wahrheit erfährst du
in der „Arbeiter-Zeitung“

Erscheint tägl... Wöchentl. 42 Pf. ... Botenlohn = 2... monatlich 2,15 ... bezogen ... Anzeigenpreis: Die zehngespaltene ... 12 Pf., Vereins- u. Versammlungsanzeig... Reklamepreis: Die dreigespaltene Millimeterzeile oder ... im Text 70 Pf. — Annahmeschluß in der Hauptexpedition u... Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis 18 Uhr.

für Schlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fernsprecher 460 39. Postscheckkonto: Breslau Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Vorderhaus). Fernsprecher 439 02. Sprechzeit der Redaktion: Montag bis Freitag von 17—18 Uhr. — Gerichtsstand: Breslau. — Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fernsprecher 460 39.

Die Streikwelle wächst!

Schon 2500 schlesische Metallarbeiter streiken gegen Lohnraub

Am 15. September soll dreifacher Lohn- und Gehaltsabbau für alle Arbeiter und Angestellten zur Tat werden. Eure Antwort:

Macht alle Betriebe streikfertig!

Breslau, 8. September. Die Zahl der Streikenden in der schlesischen Metallindustrie hat sich auf 2500 erhöht. Am Mittwoch sind zwei Betriebe in Bunzlau in den Streik getreten. In den Aron-Werken in Schweidnitz streiken 700 Mann; Främs & Freudenberg in Schweidnitz 100; Wumag in Görlitz 500; Christoph & Unmack in Niesky 300; Karls- und Wilhelmshütte in Waldenburg 200; Neulahütte in Neula 120 Mann.

Ueberall vor den bestreikten Betrieben stehen Streikposten. Der Rote Massenselbstschutz ist mit zum Streikpostendienst herangezogen worden. Die Kampfstimmung in Niesky ist unter den Kollegen sehr gut. Gestern hat eine Erwerbslosenversammlung stattgefunden, in der ein Vertreter der Erwerbslosen in die Streikleitung gewählt wurde. Die bei Christoph & Unmack in Niesky beschäftigten Holzarbeiter befinden sich noch nicht im Streik. Wir fordern diese Kollegen auf, sich mit ihren streikenden Kollegen solidarisch zu erklären. Die Solidaritätsaktion für die Streikenden ist eingeleitet worden. Wir rufen die gesamte Arbeiterschaft, die Kleingewerbetreibenden und die Kleinbauern auf, den Streikkampf der schlesischen Metallarbeiter durch aktive Solidarität zu unterstützen.

*

Der Streik der 2500 schlesischen Metallarbeiter widerspiegelt nicht nur den wachsenden Kampfeswillen der Betriebsarbeiterschaft, sondern widerlegt die Theorie der reformistischen Gewerkschaftsführer, „daß man in Zeiten der Krise nicht streiken könne“. Die Reformisten haben gerade mit dieser Theorie die Arbeiterschaft immer wieder vom geschlossenen Kampfe gegen die fortgesetzten Hungerangriffe der Unternehmer abgehalten. Die gesamte Arbeiterschaft muß hieraus die Konsequenz ziehen und gegen den durch die Notverordnung vom Dienstag diktierten Lohnabbau bis 20 Prozent die Betriebe streikfertig machen.

Die Gewerkschaftsführer des DMV. haben den Streik sanktioniert. Daraus könnten die Kollegen vielleicht zu dem Schluß kommen, daß unsere Behauptung, daß die Bonzen den Kampf nicht wollen, nicht wahr sei. Hierzu kurz folgendes: Die Gewerkschaftsführer haben auf der einen Seite unter dem Druck der kampfgewillten Arbeiter den Streik sanktioniert, wollen aber auf der anderen Seite damit erreichen, daß die scharfe Waffe des Streiks durch einen erfolglosen Kampf diskreditiert wird. **Die Gewerkschaften haben an einem Streiksieg kein Interesse!** Würden sie das ernsthaft haben, müßten sie alles tun, damit die Streikfront verbreitert und der Erfolg des Kampfes gesichert werde. Die DMV.-Bonzen haben bis jetzt nichts unternommen, um auch die Breslauer Metallbetriebe in die Streikfront hineinzubeziehen. Diese Tatsache allein zeigt schon, welchen Weg die Bürokratie einzuschlagen gedenkt. Wir erinnern die schlesischen Metallarbeiter an den Streikkampf der Breslauer Kollegen im vorigen Jahre, wo Ziegler und Co. verhinderten, daß die Kampffront verbreitert werde, um so den Streiksieg zu sichern. Durch dieses verbrecherische Verhalten dieser Bonzen wurden die Metallarbeiter trotz wochenlangem Streik den Unternehmern ausgeliefert. Dieser Streik muß für alle Arbeiter eine Lehre sein. Die Niederlagenstrategie der Bürokratie muß von den Belegschaften durchkreuzt werden, wollen die Kollegen verhindern, daß sie trotz Streiks dem Unternehmer ausgeliefert werden.

Die Kapitalisten haben einen Generalangriff auf die Hungerlöhne und -gehälter eingeleitet. Die Arbeiter und Angestellten müssen mit der Gegenoffensive antworten, und das heißt: **Antifaschistische Aktion in den Betrieben und Kontoren; heißt: Massenstreik gegen jeden Pfennig Lohn- und Gehaltsabbau, gegen jede Verschlechterung der Tarifverträge!**

Die Unternehmer glauben, ihre schändlichen Pläne dadurch ausführen zu können, wenn die Erwerbslosen ihren betriebstätigen Kollegen in den Rücken fallen. Die vergangene Zeit hat bewiesen, daß das nicht der Fall war und auch nicht sein wird, wenn wir es verstehen, die Erwerbslosen in die gemeinsame Kampffront einzubeziehen.

Kein Kampfausschuß, keine Streikleitung ohne Vertreter der Erwerbslosen!

Durch die Wahl von selbstgewählten einheitlichen Kampfausschüssen und Streikleitungen ist der Kampferfolg gesichert.

Schlesische Metallarbeiter!

Haltet in den Betrieben, die noch nicht im Streik stehen, sofort Betriebsversammlungen ab; nehmt Stellung zu dem Streik eurer Kollegen und zu der Notverordnung vom Dienstag, die einen dreifachen Lohnabbau vorsieht, und beschließt die Aufnahme des sofortigen Kampfes, um so den Lohnraubangriff der schlesischen Unternehmer auf der ganzen Front siegreich abzuwehren.

An alle schlesischen Betriebsbelegschaften!

Die faschistische Notverordnung mit ihrem dreifachen Lohnabbau, ihrer Zertrümmerung der Tarife, ihren Milliarden-Geschenken für die Unternehmer und ihrer Ankündigung des weiteren Unterstützungsabbaues, hat unter breiten Schichten des Proletariats die stärkste Empörung hervorgerufen. 2500 schlesische Metallarbeiter haben bereits das Lohnabbaudiktat mit dem Streik beantwortet. Die Zahl der Streikenden wächst von Tag zu Tag und es ist jetzt eure Aufgabe, in allen Betrieben Belegschaftsversammlungen abzuhalten und Kampfbeschlüsse zu fassen.

Die Stunde der antifaschistischen Betriebsaktion, die Stunde der Auslösung des Massenstreiks auf der ganzen Front ist gekommen.

Die reformistischen und christlichen Gewerkschaftsführer verhandeln heute mit Papen über die Durchführung der Notverordnung. Zum Betrug der Arbeiter führen sie in ihrer Presse eine radikale Sprache und erheben Protest gegen den neuen Lohnabbau. Wir erinnern die Kollegen, daß diese Bonzen bei jedem Hungerangriff der Unternehmer solche Betrugsmanöver vollführt haben.

Schafft die kämpfende rote Einheitsfront in allen Betrieben und entrollt das Streikbanner der Antifaschistischen Aktion gegen Lohnabbau, für Arbeit und Brot, gegen Papen-Hitler und Brüning, für eine Arbeiter- und Bauernregierung, die der Garant ist, allen werktätigen Schichten ein menschenwürdiges Dasein zu sichern.

Am Mittwochmorgen 500 Görlitzer Metallarbeiter in Streik getreten

Görlitz, 7. September. Am Dienstag abend fand im großen Saale der „Stadthalle“ eine Mitgliederversammlung des DMV. statt, in der zu dem Beschluß der Liegnitzer DMV.-Konferenz, den vierprozentigen Lohnabbau mit Streik zu beantworten, Stellung genommen wurde. Die Verbandsbürokratie versuchte von vornherein eine Spaltung der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen herbeizuführen. Den erwerbslosen Mitgliedern des DMV. wurde der Zutritt zu der Versammlung verwehrt. Trotzdem haben die im DMV. organisierten Betriebsarbeiter den Streik für Mittwoch früh beschlossen. Es werden sich am Streik 500 Arbeiter beteiligen. Mit Genehmigung des DMV. können die Former weiter arbeiten, was eine Schwächung der Streikfront bedeutet, die von den reformistischen Führern bewußt herbeigeführt wird. Von ihnen wurde behauptet, daß längere Streiks sowieso nicht durchzuführen sind, da die Notverordnung dieses verbietet.

Kaum hat der Streik eingesetzt, so versucht die Gewerkschaftsbürokratie die einheitliche Front der streikbereiten Metallarbeiter zu zerschlagen. Das muß überall die höchste Empörung der Metallarbeiter auslösen. Wählt in jedem Betrieb Kampfausschüsse, nehmt die Streikführung selbst in die Hand, um dadurch dem Streikverrat der Gewerkschaftsbürokratie erfolgreich entgegenzutreten. Der Kampf muß geführt werden gegen jeden Pfennig Lohnabbau, gegen jede Verschlechterung des Tarifvertrages bis zum vollen Siege.

Nazi-Jenke organisiert Streikbruch

Niesky, 7. September. Auch die Mitglieder der Nazi-Betriebszelle sind am Montag in den Streik getreten. Die Naziproleten brachten damit zum Ausdruck, daß man gegen den Lohnraub mit der Waffe des Streiks kämpfen muß. Als die Nazibonzen hiervon erfahren hatten, schickten sie sofort den Abgeordneten Jenke nach hier mit dem Auftrag, die Nazis aus der Streikfront herauszuziehen. Jenke organisierte den Streikbruch und hatte zum Teil auch Erfolg. **Der Führer der Nazi-Betriebszelle, Karger, wandte sich in der Sitzung der Streikleitung gegen den von Jenke geforderten Streikbruch und erklärte, daß doch das Programm der NSDAP. auch den Kampf gegen Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen vorsehe. Er verstehe nicht, warum man jetzt uns zu Streikbrechern machen will.**

Hier haben wir wiederum einen Beweis dafür, daß Theorie und Praxis in der Politik der NSDAP. zwei grundverschiedene Dinge sind. Die Führer der Nazipartei haben jahrelang den ausgebeuteten Schichten Versprechungen gemacht, die sie nie einlösen können und werden, weil auch sie eine bezahlte Schutztruppe der Kapitalisten sind. Hier zeigen die Naziführer als Kapitalsknechte, welche Rolle sie in Streikkämpfen gegen Lohnraub im Auftrage ihrer kapitalistischen Geldgeber zu spielen haben.

Wir fordern die Naziproleten auf, sich nicht als Streikbrecher gegen ihre Klassengenossen mißbrauchen zu lassen; sich überall miteinzureihen in die Streikfront, um zu verhindern, daß die Hungerlöhne erneut gekürzt werden.

Die Naziarbeiter müssen erkennen, daß wir ohne Hitler keine Papen-Regierung und somit auch nicht diese Papen-Notverordnung hätten.

Hitler und seine Trabanten treiben nur eine Scheinopposition, mit dem Ziel, die jahrelang betrogenen Naziwähler weiter an der Stange zu halten. In der Tat tolerieren sie Papen!

Macht Schluß mit diesen professionellen Volksbetrügern, und reiht euch ein in die Front der Antifaschistischen Aktion!

Verstärkt die Solidarität für die Streikenden

Die IAH. richtet erneut einen Appell an alle Arbeiter, die Solidaritätsaktion für alle streikenden Arbeiter zu verstärken.

In diesem Moment wendet sich die IAH. an alle Werktätigen zur Unterstützung des Solidaritätswerks für die Streikenden. Schon sind im Ruhrgebiet, im Bezirk Mittel- und Niederrhein über 400 Kinder der streikenden belgischen Arbeiter untergebracht. Im belgischen Streikgebiet selbst dampfen die IAH.-Küchen, die die Streikenden und ihre Familien versorgen. Auch bei dem englischen Kampf der Baumwollarbeiter setzte sofort die Solidarität ein; so wurden nach Burnley drei Lastwagen mit 6 Tonnen Lebensmitteln gesandt, als erstes Zeichen der praktischen Unterstützung durch die IAH. Mit jedem neuen Kampftag wachsen die Aufgaben, die die IAH. zu erfüllen hat.

Bekenntnis zur internationalen Solidarität bedeutet weitere Hilfe für alle Streikenden.

Noch mehr Kinder sollen nach Deutschland kommen, noch mehr Mittel für die Küchen müssen aufgebracht werden. Die IAH. muß sofort ihre Unterstützungsmaßnahmen für die streikenden schlesischen Metallarbeiter einleiten. Aus Sachsen werden schon heute Adressen von Pflegestellen gemeldet, die sofort bei Ausbruch des Streiks Kinder aufnehmen werden. In Limbach beschloß der Verband Freier Angestellter und Beamten, 100 Mark für die Textilarbeiter zur Verfügung zu stellen. All dies sind Beispiele proletarischer Solidarität. Unaufhörlich wächst die Solidaritätsbereitschaft der Werktätigen.

Verstärkt in allen Orten die Sammelkampagne. Verbreitert überall den Stab der Helfer! Meldet Pflegestellen für die Kinder! Gebt auf die Sammellisten der IAH.! Stärkt die Kampfkraft der Streikenden in gemeinsamer Aktion mit der IAH.!

Streikfront in Belgien steht fest

Brüssel, 8. September. (Eig. Drahtbericht.) Die Streikfront der belgischen Bergarbeiter steht nach wie vor unerschüttert. Selbst die bürgerliche Presse muß zugeben, daß so gut wie keine Arbeiter die Arbeit aufgenommen haben.

Das Elend der Bergarbeiter

Ein Kampfsignal

K. B. Wie katastrophal sich die kapitalistische Bankrotwirtschaft auf die Arbeiterschaft auswirkt, zeigt am besten die jetzt vorliegende amtliche Produktionsstatistik, die zwar in erster Linie die Produktionsziffern, aber absolut ungenügend die wirkliche Verelendung der Bergarbeiter und ihrer Familien aufzeigen. Aus den nachfolgenden Zahlen ersehen wir einen ungeheuren Rückgang der Produktion, die Zunahme der Arbeitslosigkeit, das Sinken der Löhne und schließlich infolge der ungeheuren Antreiberei die Steigerung der Leistung je Mann und Schicht und damit den gesicherten Profit der Zechenbarone durch das Verdienst der verbrecherischen Streikbruchpolitik der reformistischen und christlichen Gewerkschaftsbürokratie.

Die Erzeugung betrug im Reich in Millionen Tonnen:

	Steinkohle	Koks	Braunkohle	Braunkohlen-Briketts
1. Halbjahr 1929	78,48	18,59	84,62	20,33
1. Halbjahr 1930	73,34	17,49	71,47	16,60
1. Halbjahr 1931	60,26	11,97	62,55	14,75
1. Halbjahr 1932	50,32	9,46	58,14	14,13

Die Auswirkung ist in den einzelnen Revieren unterschiedlich. Hier die Produktion in Millionen Tonnen:

	Ruhr	OS.	Nd.-Schles.
1. Halbjahr 1929	59,23	10,58	3,02
1. Halbjahr 1930	55,91	8,67	2,91
1. Halbjahr 1931	44,01	8,23	2,33
1. Halbjahr 1932	35,11	7,32	2,14

In Prozenten ausgedrückt ergibt sich ein Produktionsrückgang gegenüber 1929: **Ruhr 40,73 Prozent, OS. 30,81 Prozent, Nd.-Schles. 29,13 Prozent, Sachsen 25,72 Prozent und Nd.-Sachsen 9,6 Prozent.**

Am stärksten ist der Rückgang der Produktion an der Ruhr infolge der Krise der Eisen- und Stahlindustrie.

Die Folge davon waren Massenentlassungen, Feierschichten und Lohnraub auf der ganzen Linie. Innerhalb 2½ Jahren wurden in den vier Steinkohlenrevieren 217 453 Bergarbeiter = 46,1 Prozent entlassen.

Belegschaftszahlen

	Ruhr	OS.	Nd.-Schles.	Sachsen
Dezember 1929	361 087	60 413	26 968	22 532
Juni 1932	187 466	34 832	15 973	15 276

Allein im Ruhrgebiet wurden in den ersten sechs Monaten 1932 5 486 900 Feierschichten eingelegt, in Oberschlesien 716 400. Der Lohnverlust der Betriebsarbeiter in diesen beiden Revieren betrug allein durch Feierschichten nicht weniger als 42,62 Millionen Mark! **Die Feierschichten im niederschlesischen Revier werden schamhaft verschwiegen, um nicht den Riesenbetrug durch das Krümpersystem zu offenbaren. Jedoch wird es unseren roten Betriebsräten möglich sein müssen, gerade diese Zahlen in allernächster Zeit zu erbringen!**

Welch niederträchtiger Lohnabbau durch die Zechenbarone mit Hilfe der Brüning-Regierung und der Streikbruchpolitik der Husemänner und Imbusche durchgeführt wurde, zeigt folgende Tabelle:

Durchschnittslohn je Mann und Schicht

	Ruhr	OS.	Nd.-Schl.	Aachen	Sachsen
Monatsdurchschnitt 1929	9,—	6,85	6,56	7,94	7,70
Mai 1932	7,07	5,49	5,34	6,30	5,97

Danach beträgt die Kürzung 18,6 bis 22,46 Prozent.

Hier müssen wir aber einhaken: **Die Kürzung beträgt weit mehr!** Bei der Berechnung der Löhne darf nur der eigentliche Bar-Erhalt an Löhnen berücksichtigt werden. Es kommt in Niederschlesien besonders hinzu: der Ausfall durch das Krümpersystem Kürzung der Ferien und Ferienentschädigung, Lampenreparaturen, Beschäftigten- und Bürgersteuer usw. usw. Auch hier hoffen wir in nächster Zeit genaue Zahlen der einzelnen Gruben oder des Reviers erhalten zu können.

Währenddem der Lohnanteil an den Produktionskosten ständig gesunken ist (wo bleiben die amtlichen Ziffern des Lohnanteils an der Produktion? Betriebsräte, habt ihr ebenfalls kein Wissen davon?), **haben es die Unternehmer glänzend verstanden, ihren Profitanteil zu sichern, und das wiederum nur dank des Verrats der Gewerkschaftsbürokratie, der SPD. und des Zentrums!**

In den Steinkohlenrevieren konnten die Zechenbarone die Förderleistung je Mann und Schicht über und unter Tage, berechnet nach Kilogramm geförderter Kohle wie folgt steigern:

	Ruhr	OS.	Nd.-Schl.	Aachen
Jahresdurchschn. 1913	943	1139	669	764
Jahresdurchschn. 1925	946	1154	660	709
Jahresdurchschn. 1930	1352	1434	866	983
Jahresdurchschn. 1931	1490	1579	896	988
Mai 1932	1620	1624	922	1067

Hier sehen wir das Gegenstück zu der Entwicklung der Löhne. Das ist die Seite des Buches, das den Zechenbaronen gewidmet ist. **Bei 46 Prozent weniger Belegschaft und über 30 Prozent gekürzten Löhnen eine Leistungssteigerung um 30 bis 40 Prozent.**

Die am Dienstag verkündete Notverordnung sieht einen weiteren Lohnabbau bis zu 20 Proz. vor. Auch die nieder- und oberschlesischen Kohlenbarone werden sofort ihre Lohnrauboffensive einleiten. Wartet nicht ab, bis die Dinge an euch herankommen, sondern benutzt jede Stunde zur Mobilisierung der Belegschaften.

Wie wir erfahren, hat im niederschlesischen Revier die Melchiorgrube, dort wo die Belegschaft von 3600 auf 900 eingeschränkt wurde, die höchste Förderleistung, aber sicher nicht den höchsten Lohn des Reviers! Wir können, indem wir auf diese Vergleichsziffern hinweisen, nur eins tun, indem wir allen Ernstes die Kameraden des Bergbaus, gleich welcher Organisation oder Partei sie angehören, dringlich ermahnen: **Bietet Einhalt der Hungerofensive der Zechenbarone! Keinen Pfennig mehr dem blutrünstigen Zechenkapital! Jeder Tropfen Blut und Schweiß ist zu kostbar, um für ein Hungerdasein den Kapitalisten geopfert zu werden! Keinen Funken Vertrauen zu den verräterischen Führern der Husemann- und Imbusch-Verbände!** Sie reden jetzt wieder von „Kampfgeist", aber nur mit der großen Schnauze, ohne den Streik zu organisieren, jetzt, wo eine günstige Möglichkeit besteht, gemeinsam mit den belgischen und polnischen Kameraden den großen Kampf der europäischen Kumpels zu führen gegen den gemeinsamen Feind: Internationales Zechenkapital! Was ist es, wenn der „Vorwärts" lediglich zu folgendem Schluß kommt:

„Wenn nicht ein großer und in seinen Folgen unübersehbarer Arbeitskonflikt im Ruhrbergbau ausgetragen werden soll, — — ist es die Pflicht der (Papen-) Regierung, den Bergarbeitern zu helfen . . .!"

Es ist nichts anderes als die Fortsetzung der alten Verräterpolitik der geriebenen Gauner, die mit neuen Gaunertricks die Kumpels betrügen wollen! Kameraden! Macht ihnen einen dicken Strich durch die Rechnung! Macht die Schächte streikfertig, gemeinsam mit allen Kameraden der reformistischen und christlichen Verbände! Hinweg mit der Ueberarbeit, her mit dem alten Lohn! Solidarität mit den belgischen und polnischen Kameraden!

An alle schlesischen Metallarbeiter

Verbreitert die Streikfront auf alle Betriebe!

In ganz Deutschland sollen durch die Notverordnung der Papen-Schleicher-Regierung abermals die erbärmlichen Löhne der Arbeiterklasse gekürzt und das Tarifrecht endgültig zerschlagen werden.

Die schlesischen Metallarbeiter sind diejenigen, bei denen dieser Beschluß schon vorgestern in die Tat umgesetzt werden sollte. In einigen Betrieben, z. B. Firma Aron, Schweidnitz, sind die Arbeiter entlassen worden, um Erwerbslose einzustellen, die die Arbeit zu verkürzten Löhnen verrichten sollen. In Anbetracht aller dieser Maßnahmen sind die Kollegen der Betriebe Christoph & Unmack in Niesky, Wilhelmshütte in Waldenburg usw. geschlossen in den Streik getreten.

Unter dem Druck der kampfbereiten Metallarbeiter hat die DMV.-Konferenz in Liegnitz den Streikbeschluß für ganz Schlesien gefaßt.

Metallarbeiterkollegen!

Verlaßt euch nicht auf die Maßnahmen der Gewerkschaftsbürokratie, die bis jetzt in allen Fällen die Kämpfe abgewürgt hat.

Schafft Kampfausschüsse, in denen die Vertreter aller Arbeiterschichten ihren Sitz haben!

Der Rote Massenselbstschutz und die erwerbslosen Kollegen, die gesamte Mitgliedschaft der RGO. hat alle Kräfte geschlossen einzusetzen, um durch Massenstreikposten den organisierten Streikbruch der Faschisten zu verhindern.

Verbreitert die Streikfront auf alle Betriebe!

Noch in dieser Woche müssen alle Betriebe streikfertig gemacht werden. In der Textilindustrie, in den Gemeindebetrieben, auf der Eisenbahn soll dieser Lohnraub auch durchgeführt werden. Jetzt ist die entscheidende Stunde der antifaschistischen Betriebsaktion gekommen. Schafft die einheitliche Kampffront aller Arbeiter durch Einbeziehung der Arbeiter aller Industrien!

Uebt Solidarität mit den Streikenden, denn ihr Kampf ist euer Kampf!

Bezirkskomitee der RGO.

Denkt daran, Werktätige!

Ohne Hitler keine Papen-Regierung, keine Papen-Notverordnung!

Nieder mit Hitler! Fort mit der Papenregierung!
Alles herbei in die antifaschistische Einheitsfront!

Protestwelle in Berliner Betrieben

Berlin, 8. September. (Eig. Drahtbericht.) In den Berliner Betrieben hat die Lohnabbau-Notverordnung große Erregung hervorgerufen. Der Kampfwille der Belegschaften kommt in zahlreichen Entschließungen zum Ausdruck. Mehrere Betriebe führten gestern während der Mittagspause Belegschaftsversammlungen durch, in denen der Kampf gegen die Papen-Notverordnung beschlossen wurde. Die Belegschaft der Firma Luchterhammer & Freitag rief gestern in der Mittagspause zu einer Betriebsversammlung zusammen und faßte eine Protestentschließung gegen die Papen-Notverordnung, daß sie nicht gewillt ist, den geplanten Lohnabbau widerstandslos hinzunehmen. Auch die Belegschaft der Setzmaschinenfabrik Typograph nahm in der Mittagspause Stellung gegen die neue Notverordnung. In der einstimmig angenommenen Resolution fordert die Belegschaft alle Arbeiter zum einheitlichen Kampf auf. Die Belegschaft Daimler-Benz, Marienfelde, protestiert in einer einstimmig angenommenen Entschließung gegen die Papen-Verordnung. Wörtlich heißt es: „Wenn man uns die jetzigen Hungerlöhne noch mehr kürzen will, werden wir darauf zu antworten wissen." Die Versammlung fand in der Mittagspause statt.

In drei Abteilungen des Schlacht- und Viehhofes, Abteilung Handwerker, Abteilung Schweineschlachthaus E und Abteilung alter Rinderhof, nahm die Belegschaft Resolutionen gegen die Notverordnung an. In allen drei Abteilungsversammlungen wurde eine einheitliche Belegschaftsversammlung gefordert. Die versammelten Schlacht- und Viehhof-Arbeiter begrüßten besonders die Anträge der kommunistischen Reichstagsfraktion. Die in den Versammlungen anwesenden sozialdemokratischen Arbeiter stimmten ebenfalls für die vorgelegte Entschließung. Vor dem Druckereibetrieb Mosse sammelten sich gestern früh 50—60 Arbeiter, die in Sprechchören gegen die Notverordnung protestierten. Die Arbeiter des Betriebes öffneten darauf die Fenster und begrüßten die Arbeiter vor dem Betrieb mit zustimmenden Rufen.

Unternehmer mit Papen-Notverordnung zufrieden

Berlin, 8. September. (Eig. Drahtbericht.) Der Reichsarbeitsminister hatte gestern eine Besprechung mit Vertretern der Unternehmerverbände. Es wurde über die Durchführung des Lohnabbaues und die Verteilung der Einstellungsprämie gesprochen. In bürgerlichen Morgenblättern erscheint die Meldung über diese Besprechung mit der Ueberschrift: „Die Arbeitgeber sind zufrieden." Heute werden die christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer von der Regierung empfangen werden.

Hunderttausenden Arbeitslosen die Unterstützung gestrichen

Berlin, 8. September. (Eig. Drahtbericht.) Nach dem soeben veröffentlichten Bericht der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung für die Zeit vom 15. bis 31. August waren am 31. August 158 000 Arbeitslose weniger registriert als am 15. August. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen beträgt jetzt 5 225 000. Aber selbst die Reichsanstalt sagt in ihrem Bericht, daß sich die neuen Bestimmungen über die Prüfung der Hilfsbedürftigkeit der Arbeitslosen ausgewirkt haben. Es handelt sich also keineswegs um einen Rückgang der Arbeitslosenzahl. Die Ziffern bedeuten lediglich, daß Hunderttausenden von Arbeitslosen die Unterstützung gestrichen worden ist und darum nicht mehr in der Zahl der unterstützten Arbeitslosen erscheinen.

Schwerer Rückschlag an der Berliner Börse

Berlin, 8. September. (Eig. Drahtbericht.) Was nach den wilden Kurserhöhungen unausbleiblich erschien, ist gestern eingetreten. Die Börsen erlebten einen schwarzen Tag. Die Kurse aller Wertpapiere gingen rapid zurück. Am stärksten waren natürlich die Kursstürze an den Papieren, die in den letzten Wochen besonders hohe Kurssteigerungen zu verzeichnen hatten. Die Spekulationsmanöver der Börsenjobber sind also geglückt. Es ist gelungen, Millionen von Spargroschen herauszulocken. Daß die ganzen Kurssteigerungen in den letzten Tagen wilde Spekulationsmanöver waren, ergibt sich aus dem Bericht der gestrigen „Nachtausgabe", in dem es heißt: „In erster Linie ist für Abnehmer die Börse zu bezeichnen." Die kleinen Sparer, die in der falschen Hoffnung auf Gewinn ihre Spargroschen hervorholten, wie die bürgerliche Presse schreibt, sind wieder einmal betrogen.

Wieder KPD.-Zeitungen verboten

Der Oberpräsident der Provinz Sachsen hat das in Erfurt erscheinende kommunistische „Thüringer Volksblatt" ab 4. September auf 14 Tage verboten.

Der Kasseler Oberpräsident hat die kommunistische Frankfurter „Arbeiter-Zeitung" ab 3. September gleichfalls für zwei Wochen verboten.

Die Verbote fallen gerade in die Tage des Erlasses der neuen ungeheuerlichen Notverordnung der Papen-Schleicher-Regierung. Die verbotenen kommunistischen Blätter sind nun verhindert, den Arbeitermassen die Notverordnung in ihren Wirkungen für die Reichen und in ihren Folgen für die Armen aufzuzeigen.

Der antifaschistische Massenkampf des Proletariats gegen Lohnabbau, Sozialreaktion und Faschismus richtet sich zugleich gegen die faschistischen Verbote der revolutionären Arbeiterpresse.

Niedriger hängen!

Waldenburg, 7. September. Der seit Jahren aus der KPD. ausgeschlossene Richard Schulz ist am vergangenen Freitag von der Polizei wegen Kindesmißhandlung verhaftet worden. Ein zweites Kind von Schulz ist nicht auffindbar. Nach dem Bericht der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse gibt Schulz an, er habe das zweite Kind nach Rußland gebracht. Da aber sämtliche Sachen des Kindes in der Wohnung vorgefunden wurden, wird angenommen, daß der Knabe auf unheimliche Art verschwunden ist. **Die Behauptung, daß Schulz das Kind nach Rußland gebracht habe, ist eine infame Lüge.**

Die bürgerliche und sozialdemokratische Presse, vor allem letztere, versucht, diese schändliche Tat des Schulz mit seiner früheren politischen Tätigkeit in der KPD. in Verbindung zu bringen, obwohl ihr bekannt ist, daß wir Schulz wegen parteischädigenden Verhaltens und nicht zuletzt wegen moralischer Verkommenheit vor Jahren aus den Reihen der KPD. ausgeschlossen haben.

Diese Hetze der sozialdemokratischen Presse zeigt der werktätigen Bevölkerung, daß ihr jedes Mittel recht ist, um die KPD. zu verleumden. Auch die sozialdemokratischen Arbeiter in Waldenburg wissen, daß die Kommunistische Partei mit diesem Banditen nichts gemein hat. Sie werden diese Hetze gegen die KPD. auch demgemäß einzuschätzen wissen.

Die Parole in der Woche des RMS.: Schafft in jedem Betrieb, in jeder Straße, in jedem Wohnblock rote Selbstschutzstaffeln!

Mobilmachung zur Einheitskonferenz im Waldenburger Hungerland!

Kein Betrieb, kein Schacht, keine Abteilung und Stempelstelle ohne Delegierten!

Waldenburg. Die Wahl von Delegierten zur Einheitskonferenz für kommenden Sonntag muß eine erste Antwort der Bergarbeiter, Metallarbeiter und Textilarbeiter, der in großem Elend lebenden Erwerbslosen, werktätigen Mieter, Frauen und Jugendlichen des Waldenburger Hungerlandes auf die Lohnabbau-Notverordnung der Papen-Regierung sein.

Schlesische Metallarbeiter haben den durch Anschläge im Betrieb angekündigten vierprozentigen Lohnraub mit dem Streik beantwortet und damit das Signal zum Gegenstoß, zur Verteidigung der alten Löhne, gegen jede Verschlechterung der Tarifverträge gegeben.

Mit der Auslösung des Streiks der schlesischen Metallarbeiter gegen jeden Pfennig Lohnraub ist der Einheitskonferenz im Waldenburger Hungerland der Inhalt ihrer Beratungen vorgezeichnet. Es gilt, die einheitliche Kampffront aller Arbeiter zur Antifaschistischen Aktion gegen das gigantische Ausplünderungsprogramm der Papen-Regierung herzustellen. Es gilt, die Betriebe streikfertig zu machen, das Kampfbündnis zwischen den Erwerbslosen und Betriebsarbeitern herzustellen! Von der Einheitsfrontkonferenz muß das Waldenburger Proletariat im Betrieb zur Antifaschistischen Aktion der Tat schreiten!

Die Einheitskonferenz findet am Sonntag, dem 11. September, im Gasthaus „Finsterbrunn" in Weißstein statt.

Betriebsarbeiter! Erwerbslose! Habt ihr in eurem Betriebe, auf eurer Stempelstelle schon zu dieser äußerst wichtigen Konferenz Stellung genommen und Delegierte gewählt? Wenn nicht, so holt das umgehend nach, damit auch ihr vertreten seid! Es wird sich bei Diskussionen, an denen mehrere Kumpel des Strebes sich beteiligen, Gelegenheit finden, einen Kollegen zu wählen. Dasselbe auf der Stempelstelle, von wo eine Reihe Delegierte bereits gemeldet sind. Benutzt auch die Mitgliederversammlungen der proletarischen Organisationen, vor allem der Gewerkschaften, um Delegierte zu wählen.

Die Unternehmer planen einen neuen Lohnraub, die Faschisten strolchen mit Reitpeitschen bewaffnet auf den Straßen herum. Die ganze Ausbeutermeute will über das werktätige Volk herfallen. Sie soll uns nicht unvorbereitet antreffen. Wir müssen zur Abwehr mobilisieren und gerüstet sein, um alle Angriffe der Unternehmer und Faschisten erfolgreich abzuwehren.

Deshalb noch einmal: Nutzt jede Gelegenheit aus, macht den Arbeitern, gleich welcher politischen oder gewerkschaftlichen Zugehörigkeit, die Notwendigkeit der Herstellung der roten Einheitsfront klar, und wählt Delegierte!

Die Kampfausschüsse der Antifaschistischen Aktion Weißstein und Dittersbach.

Massenprotest gegen Sondergerichtsurteile

Protestversammlung der Roten Hilfe gegen die Klassenurteile des Waldenburger Sondergerichts Versammlung wählt fünf Delegierte zur Einheitskonferenz am 11. September in Weißstein

Weißstein. In der am Montag stattgefundenen Versammlung der „Roten Hilfe" referierte Genosse Huber-Breslau. Er zerpflückte die Tätigkeit der Klassenjustiz und stellte die Verurteilung revolutionärer Arbeiter zu harten Strafen den äußerst milden Urteilen gegen Faschisten gegenüber. Die Sondergerichte sind nur für antifaschistische Arbeiter geschaffen, das beweisen die bisher verhängten, ungeheuerlichen Strafen gegen Arbeiter. Auch die Urteile des Waldenburger Sondergerichtes liefern den Beweis dafür.

Fünf Arbeiter von Weißstein wurden zu acht, bzw. sieben Monaten, insgesamt zu 37 Monaten Gefängnis verurteilt!

Die Verurteilten trugen keinerlei Waffen bei sich und die Polizeibeamten legten sich auf einige Aussagen fest, auf die die Verurteilung erfolgte. Dagegen wurden drei Nationalsozialisten, die mit geladenen Revolvern, Schlag- und Stichwaffen ausgerüstet von Schloß Fürstenstein abrückten, um im Schutze der Finsternis Arbeiter in Weißstein zu überfallen und abzustechen, zu neun, vier und drei Monaten Gefängnis verurteilt. Das ist das wahre Gesicht der deutschen Justiz. Viele andere Fälle von Klassenurteilen und auf der anderen Seite Freisprüche verschiedener Sondergerichte zeigte Genosse Huber den Versammelten auf.

Die Rote Hilfe wird den Kampf führen um die Freilassung aller proletarisch-politischen Gefangenen, gegen Polizeiterror und Sondergerichte, für die Verteidigung der Sowjet-Union.

Ein verurteilter Genosse sprach in der Diskussion dazu, warum die fünf Arbeiter verurteilt wurden und forderte die Anwesenden auf, der „Roten Hilfe" beizutreten.

Die Versammlung wählte auf Vorschlag eines Arbeiters fünf Delegierte (zwei Frauen und drei Arbeiter) zu der am 11. September im „Finsterbrunn", Weißstein, stattfindenden Einheitskonferenz für das Waldenburger Industrierevier.

Eine Resolution an das Sondergericht Waldenburg gegen die harten Urteile wurde einstimmig angenommen.

Der organisatorische Erfolg dieser öffentlichen Versammlung war eine Anzahl Neuaufnahmen in die „Rote Hilfe".

Arbeiter, Arbeiterfrauen, stärkt auch ihr das „Sanitätskorps des kämpfenden Proletariats", indem ihr Mitglieder der „Roten Hilfe" werdet.

Hitlerjugend züchtet Diebe und Mörder

(Arbeiterkorrespondenz)

Königszelt. Am 30. August kamen zwei Lehrlinge im Alter von 15 und 17 Jahren aus Breslau mit dem Motorrad nach Königszelt. Bei einer Panne wurden sie von der Polizei gestellt. Es zeigte sich, daß sie keinen Führerschein im Besitz hatten. Der eine suchte sofort das Weite, während der andere festgenommen wurde. Es stellte sich heraus, daß das Motorrad gestohlen war. Der Verhaftete benutzte einen unbewachten Augenblick, um durch das Fenster der Polizeiwache das Freie zu suchen. Nach einiger Zeit konnte derselbe wieder festgenommen werden. Mit einer Gaspistole verletzte er einen Arbeiter im Gesicht. Auch der zweite Jugendliche wurde gegen Abend festgenommen, wobei er vier Schuß abfeuerte. In seinen Taschen wurde folgendes gefunden:

Ein Bund Dietriche, ein Bund Türschlüssel, zahlreiche Autoschlüssel, eine neue Pistole mit noch zwei Schuß, zahlreiche lose Patronen, ein Notizbuch mit Hitlerliedern und zwölf Schuß im Trommelrevolver. Zum Schluß kam noch das Mitgliedsbuch der Hitlerjugend zum Vorschein.

Durch diesen Fund ist einwandfrei bewiesen, daß die beiden jugendlichen Diebe der Hitlerbewegung angehören, und mit allen Mitteln ausgerüstet sind, um sich an weiteren Diebstählen und am Mord von revolutionären Arbeitern entsprechend den Anweisungen der obersten Führer, wie Heines, zu betätigen. Die Tatsache, daß die beiden Diebe und Waffenbesitzer Mitglied der Hitlerjugend sind, läßt auch einen weitgehenden Rückschluß auf letztere zu. In der Hitlerjugend wird der Nachwuchs für die SA.-Mordorganisation herangezüchtet. Dabei werden alle jene Elemente, die durch das ungeheure Elend entwurzelt und zu jeder Tat fähig, jeden Halt verloren haben, aufgenommen und bevorzugt. Es darf nicht sein, daß die verelendete und zerlumpte Jugend dazu mißbraucht wird.

Dieser Vorfall wird die revolutionäre Arbeiterklasse und Jugend veranlassen, alle Kraft dafür einzusetzen, daß die irregeführten Arbeiter innerhalb der SA. und die Jungarbeiter in der Hitlerjugend für die rote Front gewonnen werden. Kein ehrlicher Arbeiter und Jugendlicher kann in den Reihen Hitlers, dessen Bewegung im Interesse der Satten gegen die Hungrigen kämpft, stehen. Nur die Antifaschistische Aktion bringt die Erfüllung der Forderungen und Sehnsucht der werktätigen Jugend, bringt Arbeit, Brot und Freiheit.

Bergarbeiter fordert die Freilassung des Genossen Ernst Reiterer

Waldenburg. Wir erfahren, daß Genosse Ernst Reiterer mit dem nächsten Sammeltransport, der nach Oesterreich geht, mit abgeschoben werden soll. Der Einspruch gegen die Ausweisung ist abgelehnt worden. Der Regierungspräsident schreibt am 2. September d. J.:

Zur Eingabe vom 25. August 1932!

Die gegen den österreichischen Staatsangehörigen Ernst Reiterer verfügte Ausweisung ist angeordnet worden, weil sich Reiterer staatsfeindlich im Inlande betätigt hat. Ich bin daher nicht in der Lage, Ihrem Antrage stattzugeben.

Unterschrift ...

Genosse Reiterer hat sich in der Sowjet-Union als Bergarbeiter beworben. Sämtliche Papiere sind bereits unterwegs zur Abreise in die SU., aber die Behörden wollen das Eintreffen der Papiere nicht erst abwarten. Das ist eine neue Schikane. Weil Genosse Reiterer ein revolutionärer Arbeiter ist, deshalb ist er „staatsgefährlich". Man scheint ihm nicht einmal gewähren zu wollen, daß er, vor dem Abschub nach Oesterreich, erst seine Sachen in Ordnung bringt.

Betriebsarbeiter, protestiert in Belegschaftsversammlungen gegen diese skandalöse Behandlung eines aufrechten Klassengenossen durch die Behörden. Ohne Grund wird Genosse Ernst bereits zweieinhalb Wochen in Schutzhaft im Polizeigefängnis Waldenburg festgehalten. Fordert die sofortige Entlassung aus der Schutzhaft. Genosse Ernst ist kein Verbrecher, sondern ein ehrlicher Arbeiter, der sein ganzes Wissen und Können, seine ganze Kraft und freie Zeit in den Dienst der ausgebeuteten, der Arbeiterklasse, stellte.

Heraus mit Ernst Reiterer!

Aus Niederschlesien

19 Antifaschisten vor dem Görlitzer Sondergericht

Bewaffnete Nazi überfallen Arbeiter — Antifaschisten, darunter ein SPD.-Prolet und ein vierzehnjähriger Jungarbeiter vor Gericht — Antifaschisten, fordert Beseitigung der Sondergerichte und Freilassung aller politischen Gefangenen

Görlitz. Das Sondergericht verhandelt schon seit dem 5. September gegen 19 Arbeiter aus Weißwasser. Zur Verhandlung stand ein Naziüberfall auf revolutionäre Arbeiter im Juli. Die Anklage lautet auf „Aufruhr, Landfriedensbruch" und bei einem Teil auf „Beleidigung und Aufforderung zu Unruhen". Insgesamt waren 70 bis 80 Zeugen geladen. Unter den Angeklagten befindet sich ein SPD.-Arbeiter, ein parteiloser, erst vierzehn Jahre alter Jungarbeiter, der sich noch in Untersuchungshaft befindet. Ein anderer Teil der Angeklagten ist Mitglied der verschiedenen revolutionären Organisationen. Neun Arbeiter wurden aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Die Angeklagten wurden von den Rechtsanwälten Oppenheim-Weißwasser und Lennigsohn-Berlin vertreten. Am Montag und Dienstag wurde eine ganze Anzahl Zeugen vernommen. Ein Teil der Kommunalpolizei von Weißwasser mußte bestätigen, daß ihnen durch die Arbeiterschaft keinerlei Widerstand entgegengesetzt wurde. In Weißwasser herrschte unter der Arbeiterschaft eine ungeheure Empörung gegen die Nazis, die bereits am vorhergehenden Sonntag die Arbeiterschaft provozierte und einem Arbeiter sieben Messerstiche beibrachten. Trotz Vernehmung von 30 Belastungszeugen am Montag und Dienstag vormittag gegen die Angeklagten, konnte die Anklage nicht bewiesen werden.

Am Dienstagnachmittag wurden zwanzig weitere Zeugen vernommen, die zum Teil für und zum Teil gegen die Angeklagten Aussagen machten. Eine besondere Rolle spielten dabei die Vorfälle an dem fraglichen Vormittag vor dem Arbeitsamt und abends in der Stadt. Die Polizeibeamten von Weißwasser sagten aus, daß viermal in halbstündigen Abständen die Straßen geräumt werden mußten. Es wurde von verschiedenen Seiten geschossen.

Dieser Schießerei ist auch ein kommunistischer Arbeiter zum Opfer gefallen.

Irgendwelche Personen konnten jedoch damals nicht festgenommen werden. Bei den Nazis — die bei diesem Prozeß als Zeugen auftraten — wurde eine größere Anzahl Mordwaffen beschlagnahmt, die heute auch auf dem Verhandlungstisch liegen. Von einem Verfahren gegen diese bewaffneten Mordbanden ist bis jetzt nichts bekannt.

Sehr interessant war die Vernehmung des Polizeikommissars Wiese-Weißwasser. Die Ausführungen dieses Polizeikommissars enthüllten zugleich die Rolle der SPD.-Führer als Feinde der einheitlichen Kampffront der Arbeiterklasse. Der Polizeikommissar führte bei seiner Vernehmung folgendes aus: „Es dürfte doch dem Gericht bekannt sein, daß voriges Jahr schon ein Aufruhrprozeß war, wobei einige Kommunisten verurteilt wurden. Als Genugtuung (!) konnten wir feststellen, daß dadurch die KPD. in Weißwasser ruhiger geworden ist. Erst nachdem die Bestraften wieder in Freiheit waren, entspann sich eine größere Aktivität der KPD. Diese war besonders bemüht, an die SPD.-Arbeiter heranzukommen. Das gelang ihr aber nicht — so führte der Polizeikommissar aus — da es die SPD.-Führer verstanden, ihre Mitglieder in Schach (!) zu halten".

Trotzdem ein SPD.-Arbeiter mit den kommunistischen Klassengenossen auf der Anklagebank sitzt, konnte dieser Polizeikommissar den SPD.-Führern das Zeugnis ausstellen, daß sie es gut fertig gebracht haben, die SPD.-Arbeiter vom gemeinsamen Kampf gegen Hunger und Faschismus abzuhalten. Aus diesem Geständnis müssen die SPD.-Arbeiter die Erkenntnis ziehen, daß sie in der SPD. nichts mehr verloren haben, sondern sich einreihen müssen in die Antifaschistische Aktion! Die Verhandlung dauert noch an. Das Urteil wird am Donnerstag erwartet.

Stahlhelm- und Naziterror in Sagan

Sagan. Bei der Durchreise zum Reichsfrontsoldatentag nach Berlin setzten die Stahlhelmmitglieder die ganze Stadt unter ihren Terror. Mitten in der Nacht entstand in der Kurlandstraße und Käpplerstraße ein großer Lärm. Die hiesigen Nazis beteiligten sich an diesem Krach, sie waren zum Teil besoffen. Friedliche Bürger wurden vom Rade gezerrt und zwei auf dem Heimwege befindliche Arbeiter verprügelt. Hier zeigte sich keine Polizei. Dieser Vorfall zeigt, daß die Antifaschisten noch wachsamer sein müssen, um jeden Ueberfall der Hitler- und Stahlhelmfaschisten abzuwehren.

Ein faschistisches Waffenlager

Warum so schweigsam?

Liegnitz. Im Fauljopper Gebiet wurde im Walde von einem Arbeiter ein Waffenlager entdeckt. Die benachrichtigte Landjägerei und die Lübener Polizei förderte in diesem Versteck zwei Maschinengewehre und viel Munition (in Gurten) zutage. Beamte der Liegnitzer Polizei wurden auch noch herangeholt.

Noch in keiner Zeitung hat man davon etwas lesen können. Wir fragen an: Was soll hier vertuscht werden? Die Ermittelungen müssen äußerst schwierig sein? Die Polizei ist natürlich bloß tüchtig, wenn es heißt, gegen Kommunisten vorzugehen!

Geschäftliches

In der jetzigen schweren Zeit, wo Gemüse- und Kartoffelgerichte immer häufiger ohne Fleisch als vollständige Mahlzeit auf den Tisch kommen, ist Maggi's Würze eine wertvolle Hilfe bei deren Zubereitung. Wenige Tropfen den fertig gekochten Gerichten zugesetzt, geben kräftigen Wohlgeschmack und machen die Gemüse auch bekömmlicher.

Kochen Sie MAGGI's Suppen. Sie sparen Arbeit, Zeit und Geld

Sammeln Sie MAGGI-Gutscheine, es lohnt sich!

50 Jahre Massenstreik in Belgien

Fortsetzung

Immerhin schlief von diesem Zeitpunkt an die Propaganda für das allgemeine gleiche Wahlrecht nicht ein. Das Jahr 1891 war ein Jahr der Krise. Wieder lebten die Arbeiter unter unsäglich schlechten Bedingungen. So begann am 1. Mai 1891 zugleich von der politischen wie wirtschaftlichen Seite her ein neuer Massenstreik. Auch diesmal wieder waren es die Bergarbeiter, die die Fahne des Massenstreiks kühn vorantrugen. Sie beschlossen, den internationalen Kampftag am 1. Mai zum Ausgangspunkt des Massenstreiks zu machen.

Der Funke zündete. In wenigen Tagen standen 125 000 Arbeiter im Streik — vor allem für das Wahlrecht. Aber schon machte sich der unheilvolle Einfluß der reformistischen Organisation geltend. Die Regierung und Kammer gaben unter dem Druck des Streiks einige nichtssagende Zugeständnisse, vor allem, daß man bald eine Reform des Wahlrechts vor die Kammer bringen wolle. Daraufhin brachen die Arbeiter — überredet von den reformistischen Streikabwürgern — den Kampf ab.

Das leichte Ende dieses Massenstreiks wiegte die belgische Bourgeoisie in Sicherheit. Nicht nur, daß die Kammer die Wahlrechtsreform zwei Jahre hinauszögerte. Als das Gesetz dann endlich in verstümmelter Form zur Abstimmung kam, wurde es sogar noch abgelehnt. Das war am 11. April 1893.

Da riß den Arbeitern die Geduld! Ohne auf die bremsenden Führer zu hören, beschlossen die Arbeiter in den Industrierevieren — Berg- und Metallarbeiter allen voran — die sofortige Ausrufung des Generalstreiks für das allgemeine Wahlrecht. In zwei Tagen stand ganz Belgien in Flammen. 250 000 Arbeiter — für die damalige Zeit eine gewaltige Zahl — streikten für das allgemeine und gleiche Wahlrecht.

Aber diesmal war die Bourgeoisie besser vorbereitet. Sofort wurde Militär und Polizei in den Streikgebieten eingesetzt. Die tollsten Lügen wurden über die streikenden Arbeiter verbreitet. Es kam zu schweren Blutbädern, aber auch zur Verbrüderung zwischen Arbeitern und Soldaten. Die Arbeiter waren durch keine Mitrailleusen in die Betriebe zurückzutreiben.

So mußte die belgische Bourgeoisie nachgeben. Allerdings das volle Wahlrecht bekamen die Arbeiter nicht. Am 17. April — so rasch ging es diesmal unter der Wucht des Massenstreiks! — beschloß die Kammer das sogenannte Pluralwahlrecht. Danach hatte jeder Arbeiter eine Stimme, während die Steuerzahler, Akademiker usw. zwei bis fünf Stimmen erhielten. Immerhin hatten die Arbeiter im Straßenkampf und Streik einen großen Sieg erfochten.

Die Lehren dieser Streiks für die Arbeiter waren ganz klar. Jeder Arbeiter erkannte, daß man politische Zugeständnisse nur mit Gewalt der Bourgeoisie entreißen kann. Jeder Versuch, den proletarischen Klassenkampf auf das parlamentarische Techtelmechtel, auf den Kuhhandel im Parlament zu beschränken, muß zum Verrat an den proletarischen Interessen führen.

Für die reformistischen Führer waren die Streiklehren aber ganz andere. Mit blassem Schrecken erkannten diese Kleinbürger, daß hinter jedem Massenstreik der bewaffnete Kampf, die proletarische Revolution auf dem Sprung steht. Die Reformisten zogen darum die einzige Lehre, daß man unter allen Umständen den Massenstreik, den außerparlamentarischen Massenkampf vermeiden und sich auf das Parlament als Kampfplatz beschränken müsse. Die Koalition mit dem „liberalen" Bürgertum — das war Richtung und Weg der Vandervelde und Co.

Diese Entwicklung sah klar Rosa Luxemburg, die die belgischen Massenstreiks mit größter Aufmerksamkeit studierte und wichtige Lehren aus diesen Kämpfen zog. Die kühne Revolutionärin schrieb über diese Entwicklung:

„Die außerparlamentarische Aktion wurde der parlamentarischen aufgeopfert, aber dadurch gerade wurden beide zur Unfruchtbarkeit und der ganze Kampf zum Fiasko verurteilt." Rosa Luxemburg, Band IV, Seite 342.

(Schluß folgt)

Kommunismus – die stärkste Macht Chinas

Gewaltige Erstarkung Sowjetchinas / Schreckensrufe der chinesischen Imperialistenlakaien

Schanghai, 6. September. Während die Kuomintang-Regierung das chinesische Volk an den japanischen Imperialismus ausliefert und die Aufteilung Chinas unter den imperialistischen Räubern fördert, erstarkt die Sowjetbewegung in China von Tag zu Tag trotz der wütendsten Kuomintang-Feldzüge gegen die chinesischen Sowjetgebiete. Die blutbesudelten Machthaber von Nanking zittern vor dem Kommunismus; denn sie wissen, daß die Erstarkung Sowjetchinas nicht nur das Ende der chinesischen Kapitalistenklasse und ihrer Bluthunde bedeutet. Für die Angst vor dem Kommunismus ist außerordentlich bezeichnend der Bericht des Generalinspektors des chinesischen Seezollamtes, in dem es heißt:

„Durch die Auflösung, die sie (die Kommunisten) selber herbeiführen, erstarken die Scharen dieser kommunistischen Kräfte von Tag zu Tag. Sie sind bereits nichts Geringeres als eine ernste Bedrohung für das wirtschaftliche Leben des Landes geworden und eine Ursache schwerster Besorgnis für die Zukunft. Für die nächste Zeit und den Enderfolg kommt es vor allem darauf an, ob es den Aufständischen gelingt, in die Industriezentren vorzustoßen, so daß die Bauern sich mit den Arbeitern verbünden können, die im Nu zu Streik und Kampf entflammt sein würden, wie wir das schon im Frühjahr 1927 in Hankau und Schanghai erlebt haben."

Worin besteht denn nun eigentlich die „Auflösung" und „Gefahr", vor der die chinesischen Machthaber so zittern? Hören wir den Bericht des bürgerlichen Professors Dr. Wilhelm Schüler in Nr. 1622 der „Neuen Züricher Zeitung". Schüler versucht eine Darstellung der Verfassung der chinesischen Sowjetgebiete zu geben, die bekanntlich annähernd 100 Millionen Einwohner umfassen. Er schreibt:

„Die gesamte Macht der Sowjets gehört den Arbeitern, Bauern, Rotarmisten und allen werktätigen Volksmassen. Das Ziel der demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft ist unter anderem die Vernichtung des Feudalismus, die gründliche Verbesserung des Lebensniveaus der Bauern, Konfiszierung des Grund und Bodens der Gutsbesitzer, Verteilung an die armen und mittleren Bauern und zuletzt die Verwirklichung der Nationalisierung von Grund und Boden. Ferner wird eine gründliche Hebung des Lebensniveaus der Arbeiter, der Achtstundentag, Festlegung eines Minimallohnes, soziale Versicherung und staatliche Arbeitslosenunterstützung und das Recht der Produktionskontrolle durch die Arbeiter gefordert ... Der letzte Satz der Verfassung betont, daß die chinesische Sowjet-Macht mit dem Weltproletariat und den unterdrückten Völkern auf gemeinsamer, revolutionärer Front steht und das Land der Diktatur des Proletariats, die Sowjetunion, als ihren festen Verbündeten ansieht."

Mann kann sich danach vorstellen, daß die Nankinger Machthaber mit Angst und Schrecken auf eine Bewegung sehen, die dem werktätigen chinesischen Volk die soziale und nationale Befreiung bringt, und die sich in ihrer Roten Armee in einer Stärke von etwa 300 000 Mann ein scharfes, revolutionäres Schwert geschaffen hat.

Wie stark die Sowjetmacht in China ist, davon legt Zeugnis ab der Angstruf der bürgerlichen Zeitung „Honkong-Telegraph", die vor kurzem schrieb:

„Die kommunistische Bewegung wird zum festgefügtesten, machtvollsten, zu entschlossenem Handeln fähigsten politischen Apparat, mit dem kein anderer in China sich messen kann."

Die Kuomintang-Henker an der Arbeit

Schanghai, 7. November. In Schanghaikwan wurden 14 chinesische Arbeiter wegen kommunistischer Umtriebe zum Tode durch Erschießen verurteilt. Die Todesurteile wurden sofort vollstreckt.

Regierungsvorstoß gegen Massenstreik der Weber

Gewerkschaftsjudasse und Unternehmer beim Arbeitsminister / Prächtiger Kampfgeist beim Streik

Alle Kraft für die Unterstützung der englischen Brüder!

London, 6. September. Die englische Regierung bereitet einen Schlag gegen die streikenden Baumwollweber von Lancashire vor. Der Arbeitsminister hat angekündigt, daß er in den Kampf eingreifen will und hat die Vertreter der Unternehmer und der Gewerkschaften nach London zu einer Beratung eingeladen. Der Beschluß des Arbeitsministers ist besonders bei den Unternehmern und bei den Gewerkschaftsführern begrüßt worden. Bekanntlich haben die Reformisten schon seit Tagen nach dem Eingreifen der Regierung geschrien.

Dagegen zeigt sich unter den Arbeitern eine starke Beunruhigung, da sie aus Erfahrung wissen, was sie von der Regierung zu erwarten haben. Der Kampfgeist der Streikenden ist nach wie vor prächtig, und die Gewerkschaftsführer suchen nach geschickten Manövern, um ohne Einbuße ihres Ansehens den Streik abwürgen zu können.

Weitere 6000 Weber im Streik

Rochdale, 6. September. (Eig. Meldung.) In einer riesigen Massenversammlung beschlossen die Baumwollweber von Rochdale, sich ebenfalls dem Streik der Baumwollweber von Lancashire anzuschließen. 6000 Arbeiter haben am Montag die Arbeit nicht wieder aufgenommen und Massenstreikposten haben die Straßen zu den Betrieben besetzt.

Demonstrationen vor dem englischen Gewerkschaftskongreß

Die Stadt Newcastle steht stark unter dem Eindruck der während der Dauer des Kongresses von der Minderheitsbewegung organisierten Kampagne. Zahlreiche Versammlungen der Minderheitsbewegung fanden am Montag unter freiem Himmel statt, da die großen Saalbesitzer die Säle verweigert hatten. Eine Delegation von streikenden Textilarbeitern ist in Newcastle eingetroffen, um von dem Kongreß schärfste Kampfmaßnahmen zu fordern.

Zusammenstöße in Lissabon

Lissabon, 6. September. Bei einer von der Kommunistischen Partei veranstalteten Demonstration kam es zu heftigen Zusammenstößen mit der Polizei in der Lissaboner Vorstadt Largo al Cantara. Die Polizei eröffnete das Feuer auf die Demonstranten, die sich jedoch zur Wehr setzten. Zwei Arbeiter und ein Schutzmann wurden schwer und mehrere andere Arbeiter leicht verletzt.

Mike Pell:

S.S. UTAH

Roman einer amerikanischen Schiffsmannschaft

Copyright by Internationale Arbeiter-Verlag, Berlin C 25

33. Fortsetzung.

Er schüttelte die Stimmung von sich ab und blickte Slim an.

„Ich bin bereit, Genosse! Was ich aber noch nicht klar habe: Wieso ist euch geholfen, wenn wir von der Maschine streiken?"

„Wir streiken mit!"

„Damit der Maschinenraum seine alte Heuer wiederkriegt?"

„Jawohl! Wir streiken für euch und ihr für uns: Daß kein Mann an Bord entlassen oder sonstwie bestraft wird! Wir stellen gemeinsame Forderungen auf!"

Jetzt begriff Pitts.

„Glaubst du denn, daß wir im fremden Hafen streiken können, ohne Mittel, ohne alles?"

„Du vergißt, daß wir in Kopenhagen einen Interklub haben!"

„Richtig! Zum Donnerwetter!" Pitts Augen leuchteten.

„Wir benachrichtigen Kopenhagen sofort. Wir werden die Geschichte machen, Slim!"

„Nicht so eilig, alter Knabe. Bist ja nicht die ganze schwarze Branche. Gewinne erst deine Leute und ich die Decksgang. Dann bilden wir endlich unser Schiffskomitee, — und dann kann es losgehen!"

Pitts stand auf und reichte Slim die Hand. „Ich muß zurück. Ich werde tun, was ich kann!"

XXXI.

Erledigt.

„Stand by vorn und achtern!"

„SS. Utah" war in Gdingen, in Polen angekommen.

Fritz und Shorty waren auf dem Achterdeck und ließen ihre Augen über den Hafen schweifen. Das Schiff wartete auf den Schlepper.

„Heiliger Jesus! Als ich vor zwei Jahren hier war, gab es nichts als ein Geleise und einen alten Schuppen. Jetzt sieh aber mal den Platz an!" rief Shorty.

„Ja," meinte Fritz. „Alle diesen modernen Warenhäuser und Hafenanlagen wurden von französischen und holländischen Ingenieuren mit französischem und amerikanischem Kapital erbaut. Und sieh mal die Kreuzer und U-Boote dort! Was meinst du, wo die Polaken die hergekriegt haben? Von Frankreich! — Dieser Hafen liegt ja so fein dicht an der Sowjetgrenze!"

Die Leute spannten nach irgendwelchen Anzeichen eines Streiks. Aber aus der Ferne war nichts zu bemerken.

Der Schlepper kam. Es begann zu regnen. Die Reederei hatte ihre eigenen Schuppen hier.

Im Gegensatz zu Leningrad war der Hafen fast ein Friedhof. Bald sah man Gruppen von Schauerleuten, die trostlos im Regen standen und auf Arebit warteten.

„Ist Chance, Geld zu kriegen?" fragte der Schwede den Dritten, einem jungen Kerl, namens Mackenzie, der als Matrose nicht einmal seinen Arsch von einem Mannloch unterscheiden konnte, aber sonst ganz anständig war.

„Was, Geld? Hier gibt's keinen Landgang!"

„Wieso nicht?"

„Befehl von der Brücke!"

„Wir werden doch an Land gehen!" sagte herausfordernd der Schwede.

„Ihr seid wie die Bluthunde!" Wenn ihr einen Damenpopo wittert, ist keine Leine dick genug, um euch zu halten!"

Der Schwede faßte dies als Kompliment auf. „Jawohl, und ich werde mir auch hier das Nötige besorgen!"

Sobald die Gangway festgemacht war, wurde ein Wachmann unter eVrstärkung von zwei Kadetten aufgestellt, angeblich um blinde Passagiere von Bord zu halten. In keinem Hafen gab es so viele Stowaways wie hier. Noch ehe das Schiff auslief, mußten die Kadetten mit Scheinwerfern in jede Ecke und in jedes Boot hineinleuchten, um Flüchtlinge aus dem polnischen Paradies ihrer Heimat zu erhalten.

Nur ein paar tausend Körbe sollten hier geladen werden.

Der Pole lauerte im Zwischendeck auf die Schauerleute. Seine Aufgabe war es, ausfindig zu machen, wie es mit dem Streik stand. Und dann sofort die Mannschaft zu benachrichtigen. Sollten etwa Streikbrecher an Bord kommen, würden sie sofort an Ort und Stelle verprügelt werden. Der Raum, der geladen werden sollte, lag sehr günstig für eine derartige Abreibung.

Es regnete so stark, daß die Lukendeckel vorläufig geschlossen blieben. Die Schauerleute standen dumpf unter den Schuppen.

Um Zeit zu gewinnen, beschloß die Mannschaft, den Polen an Land zu schicken. Die gesammelten Gelder steckte man ihm in die Tasche. Es war fast Mittag und die Leute setzten sich in die Messe. Nach ungefähr zehn Minuten kam er zurück. Der dritte Steuermann ließ ihn nicht von Bord. Er hatte aber trotzdem mit dem Vorarbeiter der Schauerleute einige Worte wechseln können. So erfuhr der Pole, daß der Streik abgeblasen sei.

„Wie können wir wissen, ob das die Wahrheit ist?" fragten die Leute.

„Ich konnte nicht mehr aus ihm herauskriegen. Er wurde beiseite geholt und Gunnar, Slim und der Pole instruierten ihn. Rasch kaute der Schwede sein Essen zu Ende, während Slim die nötigen Vorbereitungen traf.

Er war bereits auf der Gangway, als ihn der Dritte anbrüllte: „Hey, Schwede, was machen Sie auf der Gangway?"

„Bißchen an Land gehen!"

„Hier gibt's keinen Landgang!"

„Well, ich hab hier nur einen Brief an meine Mutter, der noch weg muß." Der Schwede zog einen Umschlag aus seiner Tasche.

Flüchtig blickte der Steuermann danach hin.

„Na, meinetwegen, aber dalli, dalli!"

An der Kai fragte der Schwede nach dem nächsten Postamt. Ein berittener Polizist bot sich an, den Brief mitzunehmen. Der Schwede meinte, das könne er auch selbst besorgen. Als er dann um einen Schuppen bog, sah er zu seinem Erstaunen eine Kolonne mit Gewehren bewaffneter Soldaten.

Nanu! Was machen die Banausen hier, wenn der Streik schon abgeblasen ist — und außer Sicht von Schiff?! —

(Fortsetzung folgt.)

Leipart und die Nazis forderten, was Papen verordnet

Von W. Keller

Einer der entscheidendsten Punkte in der neuen Notverordnung der Papen-Regierung ist die Zerschlagung der Tarife, die willkürliche Herabsetzung der Tariflöhne für die betriebstätigen Arbeiter. In der Papen-Notverordnung ist festgelegt, daß bei einer Neueinstellung von 25 Prozent Erwerbslosen der Tariflohn ohne weiteres um 12,5 Prozent gesenkt werden kann. Wird zugleich mit der Neueinstellung die Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden für den betreffenden Betrieb heruntergesetzt, so bedeutet das für den einzelnen Arbeiter die ungeheuerliche Kürzung des Tariflohnes um 28 Prozent.

Herr Tarnow vom ADGB. bezeichnete das im „Vorwärts" als „eine unfaßbare Ungeheuerlichkeit", da die Unternehmer zugleich mit jedem neu eingestellten Arbeiter jährlich 400 Mark extra vom Reich erhalten. In einem Artikel des Genossen Erich Auer wurde festgestellt, daß die geistigen Väter der Papen-Notverordnung die Theoretiker des ADGB. sind. Das wurde durch Zitate aus dem theoretischen Organ des ADGB., „Die Arbeit", bewiesen, wo der Mitarbeiter des ADGB., Professor Dr. Gerhard Colm, klipp und klar den Weg aufgezeigt hat, den Papen jetzt gegangen ist.

Diese Veröffentlichung hat bei den Gewerkschaftsmitgliedern lebhafte Diskussionen hervorgehoben. Bis heute wagte der ADGB. nicht, zu antworten. In den Gewerkschaftsversammlungen, wo diese Frage eine große Rolle spielt, erklärt die Bürokratie kaltblütig, daß der zitierte Artikel aus der „Arbeit" eine „Privatarbeit eines Gelehrten" sei, die nichts mit der Haltung des ADGB. zu tun habe. Die ADGB.-Führer, die durch ihre Politik in den vergangenen Jahren die volle Verantwortung für die faschistische Entwicklung in Deutschland tragen, irren sich, wenn sie glauben, durch radikale Phrasen die Gewerkschaftsmitglieder abzulenken.

Kein Geringerer als der 1. Vorsitzende des ADGB., Leipart, war es, der anläßlich der Tagung des „Ausschusses des Internationalen Gewerkschaftsbundes" vom 16. bis 18. März 1932 in Bern ein großes Referat: „Die Arbeiterschaft im Kampf gegen die Weltkrise" gehalten hat.

Jetzt höre, Gewerkschaftskollege, was Leipart forderte! Leipart erklärte erst einmal: „Deshalb haben wir die Pflicht, die Wege aufzuspüren, die aus dem Dunkel der Weltkrise führen." Was spürte nun Leipart auf? Er erklärte wörtlich in seinem Referat:

„Es gibt Mittel und Wege, die Arbeitslosigkeit stark zu verringern, indem man die vorhandene Arbeit auf mehr Hände verteilt. Eine derartige Verteilung wird angesichts der augenblicklichen Kräfteverhältnisse den noch in Arbeit Stehenden wahrscheinlich Opfer auferlegen."

Leipart spürte also das auf und forderte das, was Papen jetzt verwirklicht hat. Den Arbeitern Opfer auferlegen, die Lasten der kapitalistischen Krise restlos auf die Schultern der Arbeiter abzuwälzen, das ist das A und O der verderblichen Politik der ADGB.-Führer. Daß dies nicht übertrieben ist, zeigt das Organ des ADGB., die „Gewerkschaftszeitung" vom 2. April 1932. Dort wird in einer Betrachtung zu den Ergebnissen der Ausschußsitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Bern offen festgestellt:

„Daß sie (die Gewerkschaften) nicht davor zurückschrecken, große Verantwortung auf sich zu nehmen, auch solche, die von der Arbeiterschaft Opfer verlangen."

Herr Papen fordert von der Arbeiterschaft neue Opfer, die ADGB.-Führer sind bereit, die „große Verantwortung auf sich zu nehmen". An der Arbeiterschaft und besonders an den Gewerkschaftsmitgliedern liegt es jetzt, den Herrschaften die richtige Antwort zu geben.

Es ist kein Zufall, daß die Nazi führer sich auch bei dieser Frage auf der gleichen Linie wie Leipart bewegen. Im „Angriff" vom 14. November 1931 waren folgende grundsätzliche Ausführungen zu lesen:

„Es ist allerdings für die Wirtschaft und für den einzelnen Arbeiter besser, wenn mehr Arbeiter zu herabgesetzten Löhnen beschäftigt werden, die noch einen Ertrag für die Produktion zulassen und dadurch die Arbeitslosigkeit gestoppt und wirksam bekämpft werden kann."

Was im „Angriff" geschrieben wurde, ist im Grunde das gleiche, was Herr Leipart in Bern forderte. Das sind die Früchte der Verhandlungen, die Furtwängler vom ADGB. mit Straßer von den Nazis führte. Die oberen Gewerkschaftsführer folgen langsam aber sicher ihrem Kollegen Winnig vom Baugewerksbund, der sich bereits im faschistischen Lager befindet.

Die Gewerkschaftsführer geben radikale Töne von sich, Herr Tarnow spricht von „unfaßbarer Ungeheuerlichkeit", aber vom Aufruf zum Kampf läßt der ADGB. kein Wort verlauten. Herr Leipart erklärte am Schluß seiner Rede in Bern wörtlich: „Auch wir dürfen nicht müde werden, die Regierung zur alsbaldigen Entscheidung aufzurufen." Wohlgemerkt, die kapitalistischen Regierungen. Das Papen-Kabinett hat Leiparts Ruf vernommen. Es hat entschieden.

Entschieden hat aber noch nicht die deutsche Arbeiterklasse, die Millionen Gewerkschaftsmitglieder, die Betriebstätigen, denen der Lohn bis zu 28 Prozent, und die Erwerbslosen, denen die Unterstützung wieder abgebaut werden soll. Sie werden nicht den Weg der Leipart und Tarnow, sondern sie werden den Weg des Kampfes gehen, der ihnen von der KPD. und RGO. gewiesen wird.

Hierzu die Voraussetzungen zu schaffen, daß muß heute die Aufgabe jedes klassenbewußten Gewerkschaftsmitgliedes sein. Jeder Gewerkschafter muß gemeinsam mit den Kollegen der Opposition die sofortige Abhaltung von Gewerkschaftsmitgliederversammlungen im Betrieb und darüber hinaus von außerordentlichen Generalversammlungen durchsetzen, um zur Organisierung des Kampfes Stellung zu nehmen. Gemeinsame Sitzungen mit den Kollegen der RGO. und der roten Verbände gilt es zu organisieren. Schafft die Voraussetzungen, um gegen weiteren Lohnabbau den Kampf auszulösen!

„Reichstag, greif an", statt „Arbeiter, greift an!"

Wie die Sozialdemokratie die neue Papen-Verordnung unterstützt

Mit allen Mitteln der Demagogie versucht die SPD., den Arbeitern einen „Kampf gegen die Notverordnung" vorzutäuschen, um in Wirklichkeit gerade die Durchführung der Notverordnung zu erleichtern. Demagogisch maskiert sich die SPD.-Presse mit den radikalsten Phrasen und Toni Sender versteigt sich in einem in allen SPD.-Provinzblättern veröffentlichten Artikel zur heuchlerischen Redensart:

„... die Sozialdemokratie stellt die Front der revolutionären Tat".

Wie diese „revolutionäre Tat" aussieht, offenbart jedoch bereits das Zentralorgan der SPD., der „Vorwärts" (vom 7. September). Der „Vorwärts" bringt einen Spitzenartikel, der sich betitelt:

„Reichstag, greif an. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ruft zur Offensive gegen Lohnraub".

und in dem es heißt:

„... der Zusammentritt des Reichstages am 12. September läßt daher nur wenige Tage Frist zur Verhinderung des allgemeinen Lohnabbaues durch die Offensive der Regierung."

Nicht die Arbeiter sollen somit angreifen, sondern — der Reichstag! Nicht die Arbeiter sind, wie das Zentralorgan der SPD. weißmachen will, berufen, den Lohnabbau abzuwehren, sondern — der Reichstag soll ihn „verhindern".

Der „Vorwärts" weiß ganz gut, daß der Reichstag einen solchen Beschluß nicht fassen wird; die SPD. weiß ganz gut, daß weder die Nazis noch das Zentrum gegen die Notverordnung Papens stimmen werden und die SPD. stellt ihren Antrag auf Aufhebung der Notverordnung auch nur, weil sie weiß, daß er nicht angenommen wird.

Das ist so offensichtlich, daß der „Vorwärts" sich bemüßigt sieht, zu schreiben:

„Niemand wird glauben, daß die kapitalistische Offensive, von der die „Deutsche Allgemeine Zeitung" mit so schöner Offenheit spricht, durch einen Beschluß dieses Reichstages allein zum Stehen gebracht werden kann. Wohl aber hat der Reichstag die Pflicht, durch seinen Aufhebungsbeschluß den Kampf zu eröffnen, der nach der Reichstagsauflösung mit allen zulässigen und erfolgversprechenden Mitteln fortzusetzen sein wird."

Der „Vorwärts" muß halb zugeben, daß kein Reichstagsbeschluß die Lohnabbauoffensive zurückschlagen kann. So versucht es denn der „Vorwärts" mit dem neuen demagogischen Mätzchen, daß der Reichstag „den Kampf eröffnen" soll, daß „nach der Reichstagsauflösung" (ob es jetzt dazu kommt, ist überhaupt fraglich) der „Kampf fortzusetzen ist". Mit keinem Worte ruft die SPD. und der ADGB. die Arbeiter zum Kampf auf, der ADGB. trifft keine konkreten Kampfmaßnahmen und die Bemerkung des „Vorwärts" von den „zulässigen und erfolgversprechenden Mitteln" sagt genug: Für die SPD. und den ADGB. gilt der wirkliche Kampf, gelten ernste Kampfmaßnahmen der Arbeiter, gelten Streiks natürlich als unzulässig und nicht erfolgversprechend.

Die SPD.-Parole „Reichstag, greif an", enthüllt erneut, daß die Sozialdemokratie und der ADGB. die Stützen der Papen-Schleicher-Regierung sind. Die Wels und Tarnow sind entschlossen, mit allen Mitteln und Manövern die neueste ungeheuerliche Notverordnung Papens durchzusetzen und alles zu tun, um die Arbeiter vom Kampf gegen den furchtbaren Lohn- und Sozialabbau abzuhalten.

Das aber darf und wird nicht gelingen.

Nicht „Reichstag, greif an", sondern „Arbeiter, greif an", heißt es für das von Hunger aufs schwerste bedrohte Proletariat in den Betrieben, Stempelstellen und Gewerkschaften.

Jeder Betrieb

sammelt für die

Antifaschistische Aktion!

Schleichers Rüstungsprogramm

Ein Alarmsignal für die werktätigen Massen

„Wieviel, um alles in der Welt, wollen sie denn nun noch aus uns herauspressen? Bisher haben wir rund eine Milliarde Mark aufbringen müssen für eine Reichswehr von 100 000 Mann und eine kleine Kriegsflotte. Wenn sie aber jetzt die Reichswehr auf 300 000 Mann erweitern, mit schwerer Artillerie und ganzen Tankregimentern ausstatten wollen, wenn sie eine große Armee von Kriegsflugzeugen schaffen wollen, wenn sie die Flotte mit einer großen Anzahl von Großkampfschiffen, U-Booten und Flugzeugmutterschiffen verstärken wollen, wieviele Milliarden neue Steuern soll dann das arbeitende Volk Deutschlands für diese wahnsinnigen Kriegsrüstungen bezahlen?"

Das ist der erste Eindruck, den das neue Rüstungsprogramm Schleichers bei den arbeitenden Massen Deutschlands hervorgerufen hat.

8 Millionen Arbeitslose hungern; für die ist kein Geld da! Aber für Bombenflugzeuge und U-Boote ist offenbar Geld in Hülle und Fülle vorhanden!

Die 2 Millionen der Sozialrentner haben eine ungeheuerliche Kürzung ihrer Hungerrenten erfahren; denn es war kein Geld für sie da; sie mögen zugrunde gehen! Aber für schwere Kanonen und Großkampfschiffe gibt es offenbar „Geld wie Heu"!

Die Opfer des vergangenen Weltkrieges haben sich eine Kürzung ihrer elenden Renten gefallen lassen müssen; denn auch für sie war kein Geld da; aber für den neuen Krieg will die deutsche Bourgeoisie Milliarden und aber Milliarden aufwenden. Das alles sollen wiederum die hungernden Volksmassen aufbringen!

Für den neuen Krieg? — Jawohl, denn die deutsche Bourgeoisie rüstet ja doch nicht zum Vergnügen. Sie rüstet für ein neues Massenmorden. Sie rüstet um so fieberhafter, als sie keinen anderen Ausweg aus der mörderischen Krise des Kapitalismus sieht. „Wir brauchen einen neuen Krieg, der länger dauert, mehr Menschen tötet, mehr Kirchen zerstört und mehr Geld kostet als der letzte Krieg, sonst kehren wir zur Menschenfresserei zurück", schrieb mit zynischer Offenheit ein Amerikaner, und ähnlich denkt die Kapitalistenklasse in allen Ländern.

Aber gegen wen soll der neue Krieg geführt werden, für den die deutsche Bourgeoisie rüstet?

Nicht gegen den französischen Imperialismus, der mit seinen 800 000 Mann Friedensstärke und seinen 2000 Flugzeugen gegenüber jedem europäischen Gegner unangreifbar dasteht, richtet sich das Rüstungsprogramm der Papen-Schleicher, sondern gegen die Sowjetunion! Der Reichskanzler von Papen hat bereits am 27. Februar 1931 vor dem „Deutschen Herrenklub" sein politisches Programm eines deutsch-französischen Militärabkommens gegen die Sowjetunion entwickelt. Herr von Papen hat erst im Mai dieses Jahres an der viel beredeten Luxemburger Konferenz teilgenommen, auf der Vertreter der „nationalen Front" aus der Hitlerpartei und aus der Hugenbergpartei zusammen mit den Vertretern der französischen Rüstungsindustrie ein deutsches Rüstungsprogramm verhandelten, das den jetzt von Papen und Schleicher erhobenen Forderungen entspricht.

Herr von Papen hat im Juni/Juli dieses Jahres auf der Lausanner Tributkonferenz dem französischen Ministerpräsidenten abermals das Angebot eines deutsch-französischen Militärabkommens gemacht. Es kann danach nicht der geringste Zweifel bestehen, gegen wen sich das neue Rüstungsprogramm der Regierung-Papen-Schleicher richtet: gegen die USSR.!

Die Regierung Papen-Schleicher hat deshalb auch ihre Rüstungsforderungen zu allererst den Franzosen präsentiert. Sie weiß sehr gut, daß ohne die Genehmigung des französischen Imperialismus das kapitalistische Deutschland nicht aufrüsten kann. Aber der französische Imperialismus wird nie seine Genehmigung erteilen, ehe nicht die deutsche Bourgeoisie sich seiner Führung unterordnet und auch ihre Wehrmacht dem Oberkommando des französischen Generalstabes unterstellt hat. Was den französischen Imperialisten vorschwebt, ist klar: Sie wollen die arbeitenden Massen Deutschlands als Kanonenfutter des französischen Finanzkapitals gegen die Sowjetunion benutzen, genau so, wie Napoleon I. die deutsche Jugend auf die russischen Schlachtfelder führte!

Das Rüstungsprogramm der Papen-Schleicher — hinter dem die gesamte deutsche Bourgeoisie steht, das sowohl von den Nazis wie auch von der SPD. unterstützt wird — muß ein Alarmsignal sein für das ganze arbeitende Volk Deutschlands!

Wir wollen nicht durch den Hunger und das Elend des werktätigen Volkes die neuen Milliarden aufbringen, die für dieses ungeheuerliche Rüstungsprogramm verpulvert werden sollen!

Wir wollen nicht das Blut der arbeitenden Jugend Deutschlands für die imperialistischen Profit- und Machtinteressen der deutschen und der französischen Bourgeoisie opfern!

Macht Sturm in den Massen! Kampf der Rüstungspolitik! Kampf den Kriegstreibern! Kampf für die Verteidigung der Sowjetunion!

Endlich

gibt es die Klasse der zufriedenen Raucher.

Daß man jetzt die wundervollen bulgarischen Tabake für 3⅓ Pfg. genießen kann, ist eine Erlösung für alle.

Jeder Raucher sieht ein, daß teurere Preislagen Verschwendung bedeuten.

BULGARIA SPORT die 3⅓ der Bulgaria

6 Zigaretten mit Gold 20 Pfg. **mit Sport-Photos**

RUND UM DEN ERDBALL

Die Unfruchtbarmachung und ihre Folgen

Die Kastrierungstheorie der Nazis — Die soziale Not

Seitdem die reaktionären Rassentheorien der Nazis Eingang in die Anschauungswelt der Aerzte gefunden hat, wird die Frage der Sterilisation und Kastration Minderwertiger lebhaft diskutiert. Es gibt kaum eine Nummer einer medizinischen Fachzeitschrift, die im letzten Jahre erschienen ist, und in der nicht zu diesem Thema von der einen oder anderen Seite her Stellung genommen worden wäre. Die Aerzte betrachten es ja seit jeher als ihr Vorrecht, Dinge zu diskutieren und über Angelegenheiten eine Meinung zu bilden, die sie im Grunde genommen gar nichts angehen. So ist die Frage der Unfruchtbarmachung asozialer Elemente eine Angelegenheit der Gesellschaft, die sich natürlich vor diesen Elementen schützen muß. Es ist aber unnötig zu betonen, daß in einem kapitalistischen Staat, in dem das ganze Strafrecht vom Vergeltungsprinzip beherrscht und ausnahmslos von Angehörigen der herrschenden bürgerlichen Klasse gegen die Werktätigen gehandhabt wird, eine jede Lösung der „Verbrecher"-frage von der unterdrückten Klasse abgelehnt werden muß. Nur eine sozialistische Gesellschaft wird alle Menschen zu nützlichen Gliedern des Gemeinwesens erziehen, wo wirtschaftliche und sexuelle Not als Voraussetzungen fehlen, da fällt auch der größte Teil aller unsozialen Handlungen fort. Selbstverständlich bleibt auch dann noch das Recht und die Verpflichtung der sozialistischen Gesellschaft bestehen, geistig Kranke, die eine Gefahr für ihre Umgebung bilden, zu isolieren, unschädlich zu machen.

Mit Recht wird immer wieder von fortschrittlichen Aerzten betont, daß die Unfruchtbarmachung des Mannes, die „menschen" gefordert wird, als eine der schwersten von den Nationalsozialisten gegen alle „Unter-Strafen anzusehen ist, die es überhaupt gibt. Nach völliger Kastration, die durch Entfernung oder langanhaltende Röntgenbestrahlung der Hoden erreicht wird, hört der Mensch auf ein Mann zu sein. Seine Formen werden weiblich, er setzt Fett an, bekommt eine hohe Stimme, die Barthaare fallen ihm aus und, was das wichtigste ist: die Intelligenz nimmt rapide ab. Die Haremswächter des Sultans, die Eunuchen, waren kastriert. Denn nur so glaubten die asiatischen Despoten, ihre Frauen ungefährdet männlichem Schutz überlassen zu können.

Um so erstaunlicher ist es, daß es immer wieder Männer gibt, die einen derartigen Eingriff bei sich vornehmen lassen, nur um die dauernde Angst vor weiterer Nachkommenschaft endlich einmal los zu sein. Geradezu unfaßbar ist es, wenn, wie jetzt berichtet wird, in Graz sich mehr als 6000 Männer einer sterilisierenden Operation lediglich aus wirtschaftlichen Gründen unterzogen haben.

Man könnte zwar annehmen, daß die Unfruchtbarmachung nicht gleichbedeutend mit Kastration ist. Man kann nämlich, um einen Mann unfruchtbar zu machen, auch die Samenstränge unterbinden oder durchtrennen. In ersterem Fall kann, wenn die Operation von einem erfahrenen Arzt ausgeführt worden ist, durch einen neuerlichen Eingriff die Unterbindung wieder aufgehoben und die Passage für die Samenflächen wieder freigegeben werden. Bei der Durchtrennung der Samenstränge ist das nicht möglich: der Mann bleibt dauernd steril.

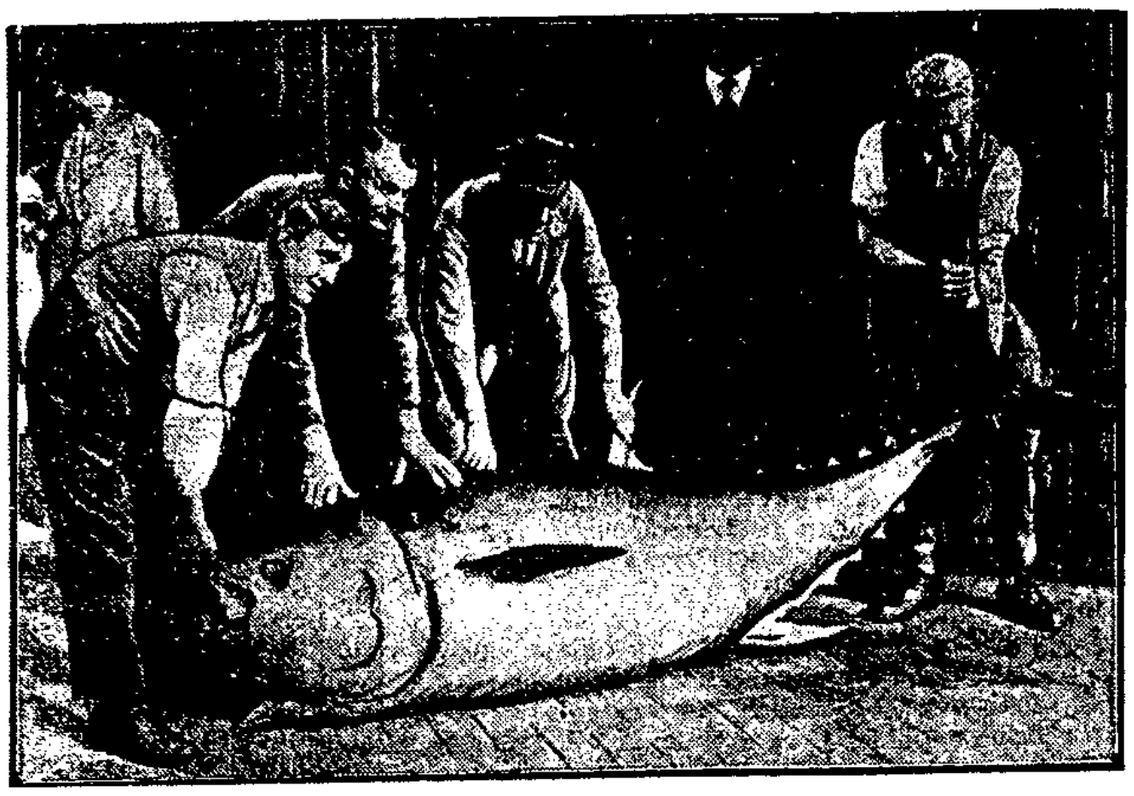
Erfahrungsgemäß kommt es aber sehr häufig nach einfacher Unterbindung, noch öfter aber nach der Durchtrennung der Samenstränge zu einem allmählichen Einschrumpfen der samenbildenden Substanz des Hodens. Nach ein bis zwei Jahren, oft schon nach wenigen Menschen, ist so aus der Sterilisation (Unfruchtbarmachung) eine Kastration (Entmannung) geworden. Diese Gefahr ist um so größer, je länger der Heilverlauf nach der Operation dauert, je schlechter die Technik des Arztes gewesen ist. In Graz wurden derartige Operationen von Kurpfuschern vorgenommen, die weder über die zu jeder Operation unerläßlichen anatomischen Kenntnisse verfügten, noch sich Zeit und Mühe nahmen, Operationsfeld, Hände und Instrumente vorschriftsmäßig keimfrei zu machen. So ist denn auch verständlich, daß in vielen Fällen die Operation schwerste Gesundheitsschädigungen nach sich gezogen hat.

Die Sterilisierung bei Mann und Frau ist nach dem geltenden Recht in Deutschland nur dann gestattet, wenn aus einer weiteren Schwangerschaft der Mutter eine Lebensgefahr entsteht, oder aber nach der Ansicht der Aerzte ein minderwertiges Kind zur Welt kommen würde. Zur Vermeidung weiterer Konflikte mit dem Strafgesetzbuch können sexuell nicht normal veranlagte Männer die Kastration an sich vornehmen lassen. Wenn sich trotz dieser Bestimmungen in Graz so unerhört viel Männer gefunden haben, die sich darüber hinwegsetzten und sich freiwillig den ihnen doch sicher bekannten Gefahren einer unsachgemäß ausgeführten Operation unterzogen, so ist auch das eins der Zeichen dafür, in welches unerhörte wirtschaftliche Elend, in welche Seelenkonflikte der kapitalistische Staat seine Untertanen stürzt, denen er außer der ganzen Strenge des Gesetzes nicht, aber auch gar nichts bietet.

Dr. Swienty.

Eine seltene Beute

In der Kieler Bucht wurde dieser kapitale Thunfisch gefangen — ein Bursche von 600 Pfund Gewicht! Man nimmt an, daß er durch große Makrelenschwärme in unsere Gewässer gelockt worden ist.



14 Millionen Versicherter

Eine Million Arbeiter in Erholungsheimen und Sanatorien

Auf der ordentlichen Sitzung des Wirtschaftsrates der RSFSR. unter dem Vorsitz des Genossen D. S. Lebedj wurde ein Bericht über die Tätigkeit der Organe für soziale Versicherung der RSFSR. angehört.

Das Budget der Versicherungsorgane der RSFSR. beläuft sich gegenwärtig auf 2 Milliarden 581 Millionen Rubel gegenüber 1 Milliarde 766 Millionen Rubel am 1. Januar 1931. Die Anzahl der Versicherten ist von 11 Millionen Personen im Jahre 1931 bis auf 13,9 Millionen im zweiten Quartal laufenden Jahres gestiegen.

Die Organe für Sozialversicherung haben 1931 521 000 Personen in Erholungsheimen und 67 500 in Sanatorien und Kurorte geschickt. 1932 weilten in den Erholungsheimen etwa 812 000 Personen, in Sanatorien und Kurorten 99 000.

In den letzten Jahren haben die Organe für soziale Versicherung eine weitgehende Tätigkeit entfaltet, um die Lebensführungsbedürfnisse der Versicherten und ihrer Familien zu bedienen. Sie verstärken die Finanzierung von Kinderanstalten, Wohnungsbauten für Arbeiter und Errichtung von Krippen, Kindergärten, Spielplätzen, Milchküchen, Kinderheimen und für Schülerspeisung. Für diese Zwecke wurden 1931 28½ Millionen Rubel verausgabt. **1932 sind für diese Zwecke 70 Millionen Rubel assigniert worden.** Die Zahl der Plätze in den Kinderkrippen der RSFSR. ist dank der tatkräftigen Unterstützung der Versicherungsorgane von 59 000 anfangs 1931 bis auf 138 700 Plätze am Anfang des Jahres 1932 gestiegen.

Dabei ist jedoch zu bemerken, daß die Versicherungsorgane noch eine Reihe von Mängeln aufweisen. Es gibt z. B. noch Fälle, wo der Apparat den Anforderungen und Bedürfnissen der Arbeiter, die sich an die Versicherungsorgane wenden, nicht die gebührende Aufmerksamkeit widmet. Die öffentlichen Organisationen der Arbeiter beteiligen sich noch zu schwach an der Arbeit der Versicherungsanstalten. Auch sind die Anstalten zur Bedienung der Lebensführung der Versicherten noch nicht genügend entfaltet.

Die Resolution des Rates der Volkskommissare der RSFSR. konstatiert die Erfolge und Mängel in der Tätigkeit der Versicherungsorgane und enthält konkrete Anweisungen zur Verbesserung dieser Arbeit.

Aus Natur und Technik

Photographie unter Wasser

Moskau, 7. September. Der Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaften der Sowjetunion, Zurikow, erfand einen neuen photographischen Apparat für Unterwasseraufnahmen. Die Aufnahme erfolgt in dem Augenblick, in dem der Apparat den Meeresboden erreicht hat. Bisher konnten solche Aufnahmen nur durch Taucher gemacht werden.

Radiosender mit ultrakurzen Wellen

Die Moskauer Radiosendestelle errichtet in Noginsk bei Moskau einen neuen Sender, der mit ultrakurzen Wellen arbeitet. Der Sender wird in diesem Monat in Betrieb genommen und soll sowohl für die Rundfunksendungen wie auch für das Fernseh-Programm des Moskauer Rundfunks verwendet werden.

Seit längerer Zeit besteht bereits zwischen Moskau und Leningrad eine Bildfunkübertragung. Die Uebertragung, die bisher auf ausländischen Apparaturen erfolgte, soll jetzt mit sowjetischen Apparaten versorgt werden. Da der Bildfunk noch nicht stark popularisiert ist, werden auch Telegramme, anstatt sie wörtlich durchzugeben, gebildfunkt, wodurch die Telegrammübergabe, die einen Riesenumfang angenommen hat, beschleunigt wird.

5000 Flughäfen

Das Luftverkehrsnetz der Sowjetunion wird mit jedem Monat verstärkt. In der letzten Zeit wurden bereits zahlreiche neue Linien im Kaukasus und im Fernen Osten eröffnet. Das Luftstreckennetz soll im Jahre 1937 200 000 Kilometer betragen, von denen 20 Prozent mit Hydroplanen bedient werden. Die Zahl der Flughäfen wird auf 5000 erhöht. Der Flugdienst soll mit großen Flugzeugen und Luftschiffen durchgeführt, die Verkehrsgeschwindigkeit auf 500 Kilometer die Stunde erhöht werden.

Erinnerung an die „große Zeit"

Paris, 7. September. Die Ausgrabungen der sterblichen Ueberreste ehemaliger Soldaten haben in der vergangenen Woche in der Gegend von Peronne zur Freilegung der Leichen von 42 französischen und 17 deutschen Soldaten geführt. Ein Teil der Gefallenen konnte identifiziert werden.

Erschlagen und ins Wasser geworfen

In Montlucon (Frankreich) wurde aus einem Kanal die Leiche eines 15jährigen Jungen geborgen. Jetzt wurde festgestellt, daß er von drei Altersgenossen im Streit tätlich angegriffen, erschlagen und ins Wasser geworfen ist. Der Anstifter ist geflüchtet. Seine beiden Helfer konnten festgenommen werden.

Mutter und Kinder verbrannt

In der Nähe von Tönsberg, der ältesten Stadt Norwegens, brannte eine Villa nieder. Der Besitzer war verreist. Die Frau mit den vier Kindern kam in den Flammen um. Nur die Hausangestellte konnte sich retten.

Zwei Todesopfer einer Familientragödie

Frankfurt am Main, 7. September. Im Hause Schopenhauerstraße 5 wurde der 50jährige arbeitslose Tapezierer Otto Amberg an seinem Bett erhängt aufgefunden. Im Bett lag sein fünfjähriger Pflegesohn Alfred Möller, dem eine Schnur um den Hals gelegt war. Die Untersuchung ergab, daß Amberg das Kind erdrosselt und sich dann selbst aufgehängt hat. Man nimmt an, daß die wirtschaftliche Notlage den seit mehreren Jahren arbeitslosen Mann zu dieser Verzweiflungstat getrieben hat.

„Abrüstung"

Prag, 7. September. Das Prager Verteidigungsministerium ist mit der Ausarbeitung eines großen Planes zur Organisierung des Schutzdienstes bei Fliegerangriffen beschäftigt. Bereits in den nächsten Wochen wird in Prag ein Ausschuß gegründet werden, dem die Aufgabe obliegt, die Zivilbevölkerung für den Abwehrdienst auszubilden. Die näheren Bestimmungen über den Schutz von Wohnhäusern sollen in die Bauordnung aufgenommen werden. Es handelt sich vor allem um zweckmäßige Sicherung der Hausdächer, um die Anlegung bombensicherer Unterstände in den Kellerräumen usw.

„Der sexuelle Kampf der Jugend"

In den bewegten Tagen, in denen wir uns gegenwärtig befinden, in den Tagen, wo die Klassengegensätze aufs äußerste zugespitzt sind, wo man mitten im schärfsten Kampf gegen den Faschismus steht, steht die sexuelle Frage jedenfalls nicht im Vordergrund. Trotzdem ist die Schrift von Reich eine Notwendigkeit. Sie setzt sich mit der sexuellen Frage auseinander, weist nach, daß sie im engsten Zusammenhang mit der ökonomischen Frage steht, daß das, was man sexuelle Not der Jugend nennt, seine endgültige Lösung nur innerhalb der sozialistischen Gesellschaftsordnung finden kann. Sie weist nach, daß allein in der Sowjetunion die Ketten der bürgerlichen Moral, die zu einer Verkrüppelung der Arbeiterjugend in seelischer und körperlicher Hinsicht führt, gesprengt worden sind.

Diese Schrift ist für jeden werktätigen Jugendlichen ein Führer und Wegweiser und kann wärmstens empfohlen werden.

(Dr. Wilhelm Reich, Verlag für Sexualpolitik, Berlin-Wien-Leipzig.)

Sechs Kinder bei einem Explosionsunglück verletzt

Hagen, 6. September. Wie erst jetzt bekannt wird, ereignete sich am Montagabend auf der Hardt im Stadtteil Haspe ein Explosionsunglück. Spielende Kinder fanden ein zehn Zentimeter langes, zwei Zoll dickes Rohr, das auf beiden Seiten verschlossen war. Die Kinder machten ein Feuer und warfen das Rohr hinein. Plötzlich explodierte dieses, wodurch sechs Kinder zum Teil schwer verletzt wurden. Das Rohr war anscheinend mit einem Explosivstoff angefüllt.

Das Volksküchenessen

In Borna bei Leipzig sind nach dem Genuß von Heringen mit Tunke und Kartoffeln aus der städtischen Volksküche 400 Personen mit Kopfschmerz und Brechreiz erkrankt. Eine Familie mußte in das Krankenhaus gebracht werden. Die Volksküche wurde geschlossen. Proben der verdächtigen Speisen wurden an das chemische Institut der Stadt Leipzig gesandt.

SJV.-Genossen aufgepaßt!

Maxim und Pollak verraten SJV. an die „Eiserne Front“

Beschließt in der nächsten Mitgliederversammlung den geschlossenen Uebertritt zum KJVD.!

Breslau. In den Reihen des SJV. wird die Erkenntnis der Verräterrolle des SJV. und der SAP. an den Klasseninteressen des Proletariats immer klarer. Die Rebellion der ehrlichen SJV.-Mitglieder gegen die verbrecherische Politik ihrer Führer wird immer größer. In den verschiedensten Heimen haben diese Erscheinungen schon zu einer Reihe von Meutereien gegen die Leitung geführt. Im Heim 4 (Stadtteil Süd) wurde die gesamte Leitung abgesetzt, eine Reihe von Mitgliedern hinausgeworfen und eine neue Leitung gewählt.

Am letzten Montag fand eine Funktionärsitzung des Breslauer SJV. statt; in dieser Sitzung traten die Renegaten Maxim und Pollak offen dafür ein, sich der „Eisernen Front“ anzuschließen. Sie gingen dabei aus von der rettungslos katastrophalen Lage der SAP. und des SJV., doch lassen wir zu dieser Sitzung einen SJV.-Genossen selber sprechen. Wir erhielten folgende Zuschrift:

„Am Montag, dem 5. September, fand eine Funktionärsitzung des SJV. statt und in der die Maxim und Pollak, denen wir den Namen Genossen nun endgültig verweigern, mit vereinten Kräften versuchten, den Anschluß des SJV. an die „Junge Front“ beschließen zu lassen. Diese beiden, die durch ihre politische Entwicklung zeigen, wohin ihr Weg geht, haben nur den Wunsch, zur SPD. zu stoßen, um ihrem Verrat an der proletarischen Jugend einen wirklichen Abschluß zu geben. Der proletarische Instinkt und der sozialistische Geist, der die Genossen des SJV. noch beherrscht, lehnte mit Entrüstung den Vorschlag der Maxim und Pollak, zur „Eisernen Front“ zu gehen, ab und brachte zum Ausdruck, daß man den Bankrott des SJV. nicht mehr verschleiern kann.

SJV.-Genossen! Wollt ihr noch weiter den offenkundigen Verrat der sozialdemokratischen Führer wie Maxim und Pollak decken, deren maßlose Beschimpfung des Kommunismus bei den verschiedensten Gelegenheiten ihre bankrotte Ohnmacht zeigt, oder wollt ihr endgültig brechen mit diesen Menschen, deren Verrat nur noch von ihrer Frechheit übertroffen wird, und zu der einzig revolutionären Jugendorganisation, dem KJVD., stoßen, wo ihr nicht an die „Eiserne Front“ verkauft werdet, wo ihr nicht von lächerlichen Sektierern in den reformistischen Sumpf, sondern zur proletarischen Revolution geführt werdet?

Maxim und Pollak sind zurückgetreten, nachdem die Funktionäre ihren verbrecherischen Vorschlag abgelehnt haben. Montag ist eine Mitgliederversammlung, in der eine neue Leitung gewählt werden soll.

SJV.-Genossen! Laßt euch nicht mehr von dem abgekarteten Spiel der verhüllten Reformisten imponieren, fordert den Anschluß an die Jugend Karl Liebknechts; fordert den Rausschmiß aller Reformisten von Maxim, Pollak bis zu Ziegler, und kommt geschlossen als Revolutionäre zum Kommunistischen Jugendverband.

„Rot Front!“ Ein SJV.-Genosse.“

So weit die Zuschrift eines SJV.-Genossen, der alle ehrlichen Genossen auffordert, denselben Weg zu gehen, wie es in den letzten Tagen schon eine Reihe SJV.-Mitglieder gemacht hat, sich dem Kommunistischen Jugendverband anzuschließen. Ein weiterer Bericht von dieser Funktionärsitzung besagt, daß Maxim und Pollak sich als Helfer der SPD. endgültig entlarvt haben. In seinem politischen Referat ging Maxim aus von der rettungslos katastrophalen Lage der SAP. und SJV. und zog daraus die Schlußfolgerung, daß man dem Kommunismus zuviel Konzessionen gemacht hat! Wörtlich erklärte er: der SJV. müsse unbedingt den Anschluß an die „Eiserne Front“ vollziehen, da die SPD. die wirkliche Arbeiterbewegung verkörpere. Wenn der SJV., so sagt er weiter, diesen ersten Schritt zur Wiedergutmachung seiner Fehler nicht tut, dann wird er sowieso seinem baldigen Zusammenbruch nicht entgehen können.

Jetzt seht ihr, Jugendgenossen des SJV., wie Maxim und Pollak euch verraten haben. Das, was wir Junglommunisten euch immer offen gesagt haben, zeigen euch Maxim und Pollak jetzt ganz deutlich: **Die Gründung der SAP., des SJV. war ein Verrat an den Interessen des Proletariats, war Hilfeleistung für die Sozialdemokratie, für ihre Politik, die dem Faschismus den Weg bereitet hat.** Wie haben sie versucht, euch in den verschiedensten Versammlungen und Diskussionen abzuhalten von der Schließung der roten Einheitsfront auf der Grundlage des Kampfes! Wie haben sie gehetzt gegen uns Junglommunisten, die mit euch im Roten Massenselbstschutz im Betrieb und an der Stempelstelle den Kampf organisieren wollten! Durch die Losungen: „Her mit dem Arbeiterblock!“ „Bildung von Kartellen!“ haben sie euch abgehalten von der Schließung der roten Einheitsfront; haben sie der Politik der SPD. Hilfe geleistet und den antifaschistischen Massenkampf verhindern wollen. Heute fordern sie euch offen auf, zur SPD., zur Tolerierung Papens und Wegbereitung Hitlers zurückzukehren.

SJVler, die Antifaschistische Aktion hat euch die gewaltige Kampfkraft der Arbeiterklasse gezeigt. Der Kommunistische Jugendverband und die KPD. setzen alle Kraft daran, um die Antifaschistische Aktion auf höhere Stufe zu heben, um in roter Einheitsfront den Kampf gegen Lohnraub, Hunger, Faschismus und imperialistischen Krieg zu organisieren. Der 31. Juli war der beste Beweis, daß immer größere Massen der Arbeiter bereit sind, für den revolutionären Ausweg aus der kapitalistischen Krise zu kämpfen. Tausende von sozialdemokratischen Arbeitern sind zu uns gestoßen; auch ihr müßt diesen Weg gehen; auch ihr müßt in der Antifaschistischen Aktion kämpfen. **Hinein in die Jugend Lenins und Liebknechts, in den Kommunistischen Jugendverband!**

Eure Mitgliederversammlung muß der Anlaß sein, um geschlossen den Uebertritt zum Kommunistischen Jugendverband zu vollziehen. Jeder Tag länger im SJV. bedeutet neuer Verrat. Fordert für eure Mitgliederversammlung einen Junglommunisten an, der zu euch spricht!

Nazi überfallen! — Reichsbannerleute stehen unter Anklage

22 Reichsbannerleute vor dem Breslauer Sondergericht — Des Ueberfalls verdächtige Nazis treten als Belastungszeugen auf — Heute Urteilsverkündung

Breslau. Die Praxis der Sondergerichte nimmt immer merkwürdigere Formen an. Die „ausgleichende Gerechtigkeit“ von der die SPD. und Nazis schreiben, geht direkt bis zur Umkehr der tatsächlichen Vorgänge. Ein solcher Fall liegt jetzt hier vor, der gekennzeichnet wird durch die Anklage gegen 22 Reichsbanner-Kameraden und den Reichsbanner-Sekretär Kukielczynski, die als Ueberfallene seit gestern auf der Anklagebank des Sondergerichts sitzen. Den Vorsitz führt der Landgerichtsdirektor Schauwecker. Die Anklage wird vertreten durch den in der Arbeiterschaft rühmlichst bekannten Staatsanwalt Patschowsky. Die Verteidigung für die angeklagten Reichsbannerleute hat Rechtsanwalt Bandmann, Breslau, der berühmte Stadtverordnetenvorsteher und der aus dem Ohlauer Reichsbannerprozeß bekannte Rechtsanwalt Dr. Braun, Magdeburg, übernommen.

Der Tatbestand ist folgender:

Am 29. Juli, zwei Tage vor der Reichstagswahl, waren in der Gallestraße Propagandawagen der „Eisernen Front“ von Nazibanditen angegriffen worden, die sich den Anpöbeleien durch rasches Davonfahren entzogen. Darauf ließen die Nazihorden ihre Wut an einer Fahne mit den drei Pfeilen aus, die von der Wohnung eines Gewerkschaftsangestellten heruntergeholt wurde. Um diese Zeit verließ der Sekretär Kukielczynski seine Wohnung, um den Dauerentwärter des Außenministers Rudi Breitscheid als Redner zu einer Kundgebung vom Bahnhof abzuholen. Schon vorher hatte ein Lastwagen mit Reichsbannerleuten das Gewerkschaftshaus verlassen, um Stangen für Fahnen und Transparente zur Ausschmückung des Versammlungsraumes von der Bauhütte zu holen. Unterwegs erfuhren die Reichsbannerleute, daß ihre Propagandawagen in der Gallestraße angegriffen worden seien. Um ihr Eigentum zu sichern, fuhren sie in dieser Richtung nach.

Währenddessen hatten die Nazis den Reichsbannersekretär K. zuerst angepöbelt und dann tätlich angegriffen, sodaß er aus mehreren Kopfwunden blutete, die von einem Bleirohr herrührten. In dieser Situation erschien das Auto mit den Reichsbannerleuten in der Gallestraße, um nach den angegriffenen Propagandawagen zu sehen. Die Menschenmenge, die dort stand, war jedoch so groß, daß der Autofahrer langsam fahren und halten mußte. Noch während des Fahrens sahen die Reichsbannerleute den ihnen bekannten K. blutüberströmt an der Wand lehnen und sprangen vom Auto, um ihm Hilfe zu leisten. Kaum war dies geschehen, einige Reichsbannerleute waren noch im Begriff vom Wagen herunterzuspringen, da erschien das Ueberfallkommando, das vom Gewerkschaftshaus zum Schutz gegen die Ausbreitung der Nazis bestellt worden war. Dieses Polizeikommando verhaftete nun alle Reichsbannerleute, da sie durch ihre Uniform sofort kenntlich waren und die Masse der Nazis nur wenig uniformiert war. Obwohl die verhafteten Reichsbannerleute eine ganze Anzahl der „Zivilisten“ als Täter angaben und deren Verhaftung forderten, wurden nur zwei Nationalsozialisten unter Anklage gestellt. Noch als die Polizei in der Nähe war, hatten diese beiden, der Lehrling Lux, der mit seinen 18 Jahren mehrmals vorbestraft ist, und der Bäckermeister Scharmantke, auf K. eingeschlagen, das war der Vorgang am 29. August. Seit gestern sitzen nun die Ueberfallenen und zu Hilfe eilenden Reichsbannerleute auf der Anklagebank.

Die Nazizeugen sind sorgfältig ausgesucht

Die Nazitäter wollen nichts gehört und nichts gesehen haben, das ist ja das übliche bei denen. Bei den nun vernommenen Zeugen handelt es sich um Einwohner der Gallestraße, die bekanntlich das meiste Stimmvieh für das Dritte Reich geliefert hat. Hier herrscht direkt eine Hitlerpsychose, die auch zum Ausdruck gebracht wird, durch die immer wiederholende Redensart wie: „unsere Leute“ sind geschlagen worden. Diese Zeugen sind von Brühl gesammelt worden, während ein anderer großer Schub Zeugen von einem Dr. Hüber benannt worden sind. Die glänzende Instruktion der Zeugen ist erkennbar aus den oftmals wörtlich gleichen Bekundungen über den Ueberfall, für dessen Umkehrung ihre wendige Zunge sorgt. Die Märchen, die dabei erzählt werden, erregen selbst bei dem Unbefangensten ein ungläubiges Kopfschütteln, so, als z. B. der Zeuge Richter erklärt „ein Kind habe einen Halsschuß erhalten“. **Interessant ist noch ein Antrag der Verteidigung, als Leumundszeugen für den Reichsbannersekretär Kukielczynski den Polizeipräsidenten Theis zu vernehmen, der sich zu einer Lobesaussage zur Verfügung gestellt hat. Es soll damit nachgewiesen werden, daß K. in gemeinsamer Arbeit mit dem Polizeipräsidenten Ausschreitungen verhindert habe. Reichsbannerarbeiter, die ihr auf der Anklagebank sitzt und die ihr im Zuhörerraum sitzt, was sagt ihr zu dieser merkwürdigen Freundschaft?**

Angeklagte erkennen die Nazizeugen als Angreifer wieder

Es ist geradezu erstaunlich, mit welcher Keßheit die Nazizeugen auftreten, und in welcher märchenhaften Weise sie, die Vorgänge vom 29. Juli schildern. Es sind dies in erster Linie die Zeugen, die der Referendar Hüber angegeben hatte. Sie alle wollen nur gesehen haben, wie die Reichsbannerleute vom Wagen abstiegen und auf die Umherstehenden mit Zaunlatten (!) eingeschlagen (?) haben. Bei ihren fabelhaften Erzählungen, bei denen die Passanten auf der Straße von fast allen Zeugen als „unsere Leute“ bezeichnet werden, spricht sogar die Zeugin Bulle von einem Auto der „roten Front“.

Als der Zeuge Matzel vernommen wird und der Rechtsanwalt Dr. Bandmann an ihn die Frage richtet, wie es käme, daß er als Zeuge hier auftrete und ob man ihn nicht irgendwie beeinflußt hätte, fühlt sich der auf der Zeugenbank sitzende Referendar Hüber veranlaßt, eine verneinende Erklärung dafür abzugeben. In außerordentlich „manierlicher“ Form trat die Zeugin Fräulein Beer auf, die in bezug auf die „harmlosen Straßenpassanten“ von „unseren Leuten“ sprach und auf Befragen der Verteidigung, ob sie Mitglied der Nazipartei sei, erklärte, „damals noch nicht.“ Auf die Frage, ob sie den Referendar Hüber schon vorher kannte, gab sie die bestimmte Antwort: **„Selbstverständlich kenne ich Herrn Hüber.“**

Die Unsicherheit der Zeugenaussagen

Dann traten eine Reihe Zeugen auf, die auf den Hinweis der Verteidigung vor ihrer Aussage nicht vereidigt wurden. Es sind unter ihnen der Zeuge Schulz und der Bäckerlehrling Püschel. **Diese und noch eine weitere Reihe Zeugen wurden von den Reichsbannerkameraden, die auf der Anklagebank sitzen, als diejenigen wieder erkannt, die auf die Reichsbannerkameraden insbesondere auf K. eingeschlagen hatten.** Auf die Frage der Verteidigung an den Zeugen Schulz, ob er selbst geschlagen habe, verweigert derselbe daraufhin nach Belehrung durch den Vorsitzenden, die Aussage. Wie die Aussagen des Bäckerlehrlings Püschel zu bewerten sind, der Mitglied der Hitlerjugend ist, das hat uns mit aller Deutlichkeit der Verlauf der Verhandlung vor dem Brieger Sondergericht gegen die Ohlauer Reichsbannerkameraden gezeigt.

Auch die nachfolgend auftretenden Zeugen Jäckel, Sehlhof und Kegel, die zum Teil mehr oder weniger von den Angeklagten als die Prügelhelden vom 29. Juli wiedererkannt wurden, wurden erst nachträglich vereidigt. Die drei genannten Zeugen waren auch bisher diejenigen, die in Kukielczynski den „Rädelführer“ sahen und Kegel nimmt auf seinen Eid, gehört zu haben, wie K. das Reichsbanneranto mit „Freiheit, jetzt aber los!“ empfangen hat. Ganz besonders sind auch die Aussagen der Zeugin Droschke zu bewerten, bei der die Nazibanditen ein- und ausgehen und nächtigen. Heut spielt sie die Entrüstete und weiß von nichts. Auf die Vorhaltungen der Verteidigung, erkundigt sie sich erst beim Vorsitzenden, ob sie die Fragen der Verteidigung beantworten müsse. Sie will nichts mehr davon wissen, daß sie zu Nachbarn in bezug des Prozesses geäußert hat: **„morgen werde ich mit den Leuten abrechnen.“**

Der Zeuge Peters will im Gerichtsgebäude denjenigen erkannt haben, der auf Kukielczynski eingeschlagen hätte. Jedoch war er nicht mehr festzustellen. Nachdem der Zeuge Böhm, der in voller Kriegsbemalung vor dem Sondergericht erschien, auf dessen Aussagen jedoch verzichtet wurde, abgetreten war, wurde der Prozeß auf heute morgen um 9 Uhr vertagt.

Kirchenaustritte als Protest gegen Kulturreaktion

Am Montag, dem 5. September, traten etwa 30 Arbeiter und Arbeiterfrauen demonstrativ aus der Kirche aus, um auf diese Weise gegen Kulturreaktion und verschärfte Unterdrückung der Arbeiterklasse zu protestieren. Während der Kirchenaustrittswoche bis zum 10. dieses Monats müssen die Kirchenaustritte noch wesentlich gesteigert werden.

Wir sagen allen Arbeitern und Arbeiterfrauen, die noch mit der Kirche verbunden sind, daß wir gegen die Religion sind, weil sie ein Hemmnis im Klassenkampf ist, weil sie insbesondere in der heutigen Zeit benützt wird zur Verhinderung der roten Einheitsfront für den Kampf um Arbeit und Brot.

Klassengenossen! Die ihr noch nicht aus der Kirche ausgetreten seid, noch zahlt ihr eure Kirchensteuern und steht noch nicht in der Front der revolutionären Kämpfer gegen die Kulturreaktion. Ihr seht auch noch nicht die wahre Bedeutung der proletarischen Kultur- und Freidenkerorganisationen. Das Verbot des Verbandes proletarischer Freidenker ist noch nicht der letzte Akt in der Reihe der faschistischen Notverordnungsmaßnahmen. Dieses Verbot, sowie die Einsetzung von Stand- und Sondergerichten gegen die Arbeiterklasse, ist nur der Anfang einer Reihe weiterer Maßnahmen und Verbote revolutionärer Arbeiterorganisationen. Bei dem Verbot des Verbandes proletarischer Freidenker rechnete die Bourgeoine vor allem auf die Interessenlosigkeit breiter Massen der Arbeiter. Das Bürgertum will den christlichen Arbeitern einen Kampf gegen Hunger und Elend vorgaukeln, deshalb verkündet die Kirche an allen Ecken, daß die Gottlosigkeit die Ursache unseres heutigen Elends sei.

Arbeiter, laßt euch nicht betrügen! Das Verbot schafft keine Arbeit und kein Brot, kämpft gegen die Kulturreaktion und verlangt überall die Aufhebung des Verbots des VpF. und des KFB. Zum Protest gegen Kulturreaktion und Schandurteile gegen die Arbeiter! Tretet sofort aus der Kirche aus!

Stadttheater

Auch das Stadttheater macht dem herrschenden „neuen Geist“ eine kleine Verbeugung und begann seine Spielzeit mit der teutschen Oper, der „Freischütz“. Dieser Beginn war aber in musikalischer und auch in szenischer Hinsicht so erfreulich, daß wir das übersehen können. Die Aufführung des Weberschen „Freischütz“ war wie aus einem Guß. Ein erfreuliches Zusammenarbeiten des Regisseurs und des Dirigenten machte sich stark bemerkbar. Besonders gut angepaßt der aufrührerischen dunklen Musik in der Wolfschluchtszene, war die gespenstige Wolfschluchtszene selbst. Mit Beleuchtungseffekten und grotesken Felsfiguren wurde eine unheimliche Wirkung erzeugt. Zur Aufführung selbst muß gesagt werden, daß Strehlitz seinen Max stimmlich gut sang. Nur schauspielerisch war er etwas zu pathetisch und unwirklich. Auch die unvorteilhafte Bekleidung oder besser gesagt Vermummung der bräutlichen Agathe, hätte vermieden werden können. Aennchen Mittelstädt, die neue Soubrette, war noch etwas unsicher. Der Gesamteindruck des aufgeführten Werkes muß als gut bezeichnet werden. Aber schon der nächste Tag brachte mit der Operette der „Opernball“ eine Enttäuschung. Ein zum großen Teil aus der „Fledermaus“ geklautes Operettenlibretto, zu dem eine gefällige, aber nicht überragende Musik von Heuberger geschrieben worden ist, veranlaßte die Zuschauer zu starkem Applaus, der aber wohl mehr dem glänzenden Spiel des Publikumslieblings Anni Kunze, als dem Stück selbst galt.

Jon.

Unentbehrlich

für die praktische Arbeit ist der Artikel

WILH. FLORIN: *Fragen unserer* **Einheitsfrontpolitik**

im neuen Heft der „Internationale“. Preis 20 Pf.

Sofort besorgen, ehe vergriffen

Verantwortlich für den politischen Teil, Provinz und Lokales: Adolf Koplowitz in Breslau. — Für die übrigen Seiten: Alfred Fendrich, Berlin. — Für Inserate: Albert Callam, Breslau. — Verlag u. Druck: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau, Tauentzien-Straße 38.

25 eigene Verkaufsstellen!

Versand gegen Nachnahme oder Vorauszahlung ohne jeden Skonto ab Breslau — Verpackung zum Selbstkostenpreis, wird nicht zurückgenommen — Flaschenpfand Vollvergütung

Beantwortung, warum wir die besten Branntwein- und Getreidekornmarken in Breslau besitzen!

1. Weil wir den Getreidefeinsprit nur von dem neuerbauten Werk der D. K. V. (Deutschen Kornbranntwein-Verwertungsstelle) in Münster-Lüdinghausen beziehen. Die technische Vollkommenheit dieses neuerbauten Reinigungswerkes steht in Deutschland einzig da (im wahrsten Sinne des Wortes ein Veredelungswerk).
2. Zum Getreidemutterkornverkauf hat die D. K. V. nur drei leistungsfähige Dickmaisch-Kornbrennereien in Deutschland zugelassen und zwar zwei in Nordhausen und eine in Celle. Durch monatelanges Probieren haben wir die eine Dickmaisch-Kornbrennerei in Nordhausen bevorzugt, welche nach unseren Feststellungen die feinsten, reinsten und hochwertigsten Qualitäten liefert. Da wir das größte Unternehmen Ostdeutschlands unserer Art sind, haben wir von dieser Dickmaisch-Kornbrennerei das alleinige Bezugsrecht für Breslau erhalten, wodurch wir in der Lage sind, die feinsten, reinsten und hochwertigsten Branntwein- und Getreidekornmarken in Breslau herzustellen.

Fache-Branntwein-Marken:

Feiner Breslauer	vollwertig durch Verwendung von Roggenkorn . . . . . 25% Ltr.-Fl.	1.40
Feiner alter Breslauer	der altberühmte Breslauer mit Getreidekorn 25% Ltr.-Fl.	1.50
Fache Edelmarke	mild, aromatisch durch Destillat und Roggenkorn . . . . 29% Ltr.-Fl.	1.70
Fache Krem	rassig, gehaltvoll durch Weizenkorn 32% Ltr.-Fl.	1.90
Fache Exquisit	pikant, mit durchdringendem Getreidegeschmack . . . . . 38% Ltr.-Fl.	2.30

Fache-Getreidekorn-Marken:

Preise ohne Flasche

Fache Weizenkorn	der berühmte alte Breslauer Korn, unser Stolz . . 32% Ltr.-Fl.	2.20
Fache Roggenkorn	die Elite-Qualität . . 32% Ltr.-Fl.	2.20
Fache Getreidekorn	unsere Standardmarke, etwas ganz Auserlesenes, 37% Ltr.-Fl.	2.60
Jagdkorn	(Doppelkorn), vollaromatisch, rassig, ebenbürtig den führenden Marken d. Kontinents. 42%, 0,8 Ltr. in Original-Steinkrügen	2.50

Lokales und Umgebung

Breslau, den 8. September 1932.

Gerhart Hauptmann-Feiern

Es ist einer siebzig Jahre geworden
Ein schöner weißbehaarter Greis.
Besitzer vom roten Adlerorden
Propagierte er 1914 mit das Morden,
Wie kommt's, das keiner mehr das weiß?

Einmal hat Hauptmann „die Weber" geschrieben
„Die Ratten" und junges freies Theater.
Wo ist des Dichters Elan geblieben?
Jetzt schildert er uns, wie Greise lieben,
Für Bürger, Reiche, Kirchenpater.

Millionen hungern — — die Märchenwiese
Zeigt ihnen seine Dichterhand,
Dann drückt er auf die Tränendrüse,
Macht etwas Psychoanalyse
Und führt sie in ein „neues" Land.

Hat je einmal solch Bilderbuch
Den Hunger und die Not gemildert?
Wo ist die Wahrheit, welcher Spruch
In Hauptmanns Stück zeigt uns den Fluch
Des Kapitals, wo ist das geschildert?

Wir Arbeiter des kapitalistischen Staats
Feiern die Dichter, die Kampf mit uns führen,
Feiern die Dichter des Proletariats,
Die mit jedem Wort, mit jedem Satz
Die Trommel der roten Erhebung rühren.

„Volksbühne"! Ihr mögt Hauptmann verehren.
„Volksbühne", Bürger- und Spießerverein,
Doch dürft ihr den Arbeitern nicht verwehren,
Daß sie Eure Mitgliedschaft nicht vermehren.
Arbeiterdichter muß anders sein,
Sie kämpfen für revolutionäres Theater,
Das bieten rote Dichter allein,
Im Kampf gegen Elend sind sie Berater,
Das wird dann eine Volksbühne sein.

Jonny.

Achtung! Obleutesitzung der Notstands-, Fürsorge- und Pflichtarbeiter

am Freitag, dem 9. September, abends 8 Uhr, bei Arndt, Messergasse. Alle Obleute müssen unbedingt erscheinen.

Achtung! Landobleute der Stadtteile!

Für Monat September ist die neue Land- und Forstarbeiterzeitung erschienen. Bis jetzt ist noch von keinem Stadtteil zur Landpropaganda Zeitung abgeholt worden. Wir hoffen, daß die Stadtteile das Versäumte nachholen.

Einheitsverband der Land- und Forstarbeiter,
Abteilung Org.

Herausforderung zum Wettbewerb

Die Ortsgruppe Brieg fordert die Ortsgruppe Hirschberg öffentlich zum Wettbewerb heraus. Die Ortsgruppe Brieg verpflichtet sich bis zum 1. November **zwei neue Ortsgruppen aufzubauen, den Mahnrufvertrieb von 250 auf 500 Exemplare zu steigern, monatlich 100 Broschüren umzusetzen, eine Betriebsgruppe von sechs Mitgliedern zu schaffen, 1 Jugendaktiv zu schaffen, 40 Mitglieder zu werben und das gestellte Sammelsoll zu überschreiten, 1 Schüler zur Reichsschule zu entsenden.**

Die Ortsgruppe Brieg appelliert hiermit an die Mitglieder der Ortsgruppe Hirschberg und stellt ihnen hiermit dasselbe Soll, daß sich die Ortsgruppe Brieg selbst gestellt hat. Das Kräfteverhältnis Hirschberg-Brieg ist paritätisch.

IAH. Bezirk Schlesien.

Arbeiterphotographen! Heute, um 20 Uhr, Mitgliederversammlung im „Fichteheim", Lange Gasse. Alles pünktlich erscheinen.

Sexualberatung, Flurstraße 4, Hof, 2 Treppen. Sprechstunden jetzt Dienstag und Donnerstag von 18,30 bis 20,30 Uhr abends. Es findet unentgeltliche ärztliche Beratung über alle Fragen des Ehe- und Geschlechtslebens, Störungen des Geschlechtslebens, Schwangerschaftsverhütung usw. statt. Die Beratung unterliegt der ärztlichen Schweigepflicht. Personalangaben sind nicht erforderlich.

Metallarbeiter. Heute, Donnerstag, um 20 Uhr, erscheint alles bei Arndt, Malergasse.

Arbeiterkultur ist Waffe

im Kampf gegen Hunger und Elend, gegen Krieg und Faschismus!

Das werktätige Breslau kommt in Massen zum

Kulturfest

der Werktätigen

am Freitag, den 16. September, 19 Uhr, in allen Sälen und im Garten des „Wappenhof".

Eintritt 15 Pfg.

Nazis spalten den Neumieterschutzverband

Breslau. Vom Neumieterschutzverband wird uns geschrieben:

Schon seit langem versuchen die Breslauer Nazis in der Neumieterschutzbewegung, die verkörpert wird durch den Neumieterschutzverband Breslau e. V., ihren Einfluß zu verstärken. Jedoch durch ihre angeborene Unfähigkeit haben sie bisher in der praktischen Arbeit in den einzelnen Vereinen versagen müssen. Auch die Haltung ihrer Reichs- und Landtagsfraktion zu den von seiten der verschiedensten Parteien gestellten Anträgen ist nicht dazu angetan, um werbend in den Kreisen der Neubaumieter zu wirken. Auch sonst sind die Erfolge nationalsozialistischer Arbeit immer das Gegenteil von dem, was sie in ihrer großsprecherischen Art ihren Mitgliedern und Wählern versprechen. Da man aber nicht auf die Dauer eine Bewegung mit lauter Versprechungen hinhalten kann, versuchen sie jetzt, die Mitgliedschaft, sowie die Wählerschaft durch neue Manöver von den eigentlichen Tatsachen abzulenken. So auch in der Neubaumieterbewegung.

In weiten Kreisen der Neubaumieter ist gegen die unerhört hohen Mieten immer mehr der Wille gewachsen, durch den Kampf eine Senkung, der für alle Werktätigen untragbaren Mieten zu erreichen. In allen Vereinen und Gruppen des Neumieterschutzverbandes wurde eingehend zu diesen Fragen in den letzten Wochen Stellung genommen und auch bereits diesbezügliche Beschlüsse gefaßt. Während Herr von Specht, der „Referent für Siedlungswesen" in der nationalsozialistischen Partei, in den Vertreter- und Vorstandssitzungen immer mit den Zielen und Maßnahmen des Neumieterschutzverbandes sich einverstanden erklärte, ja, sogar behauptete, daß die Nationalsozialisten diese unsere Schritte für richtig und selbstverständlich halten, scheint ihm doch von seiner Partei eine andere Auffassung geworden zu sein. Der Streik als letzte Waffe gegen die unerhörte Ausbeuterung der Mieter ist ja im nationalsozialistischen Programm nicht enthalten. Demzufolge mußten die Nationalsozialisten, um diesem berechtigten Kampf der Mieter in den Arm zu fallen und ihre Anhänger wieder von den eigentlichen Tatsachen abzulenken, zur Spaltung des Neumieterschutzverbandes schreiten.

Unter der bekannten Devise gegen die marxistischen Hetzer zieht man einen neuen Naziladen auf. Ungetrübt von der notwendigen Sachkenntnis glauben diese Herren um Herrn von Specht, die Mieterfragen in Bausch und Bogen durch ihre angeblich gute Verbindung mit Kommune, Staat und Reich klären zu können. Die Neubaumieter müssen sich darüber klar sein, daß diese Spaltung nichts weiter bedeutet, als einen Teil der Mieter aus der Kampffront der Neubaumieterbewegung herauszureißen, sie vor den Karren der Nationalsozialisten zu spannen und damit den berechtigten Kampf der Neubaumieter unmöglich zu machen. Sie beweisen dadurch nur wieder, was der Oeffentlichkeit längst bekannt ist, daß sie sich bei jeder Gelegenheit schützend vor die Hausbesitzer und Kapitalisten stellen und jeder Neubaumieter, der da glaubt, in diesem nationalsozialistischen 10-Pfennig-Laden seine Interessen vertreten zu sehen, wird in kurzer Zeit feststellen, daß er das Opfer einer gewissenlosen Clique geworden ist.

Der Neumieterschutzverband hat durch seine jahrelange Arbeit bewiesen, daß er ohne Ansehen der Personen und der politischen Weltanschauung die Mieter in durchaus überparteilichem Sinne vertreten und für sie Erfolge herausgeholt hat. Herr von Specht war noch niemals der Initiator irgendwelcher positiven Arbeit, sondern lediglich nur Nutznießer der von den sogenannten roten Hetzern geleisteten Arbeit gewesen.

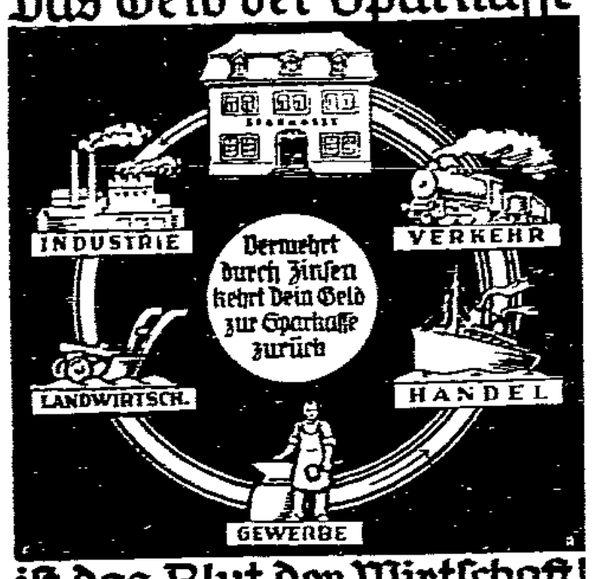
Wie wenig Herr von Specht mit Sachkenntnis gesegnet ist, beweist die letzte Sitzung mit dem Wohlfahrtsamt. Die Vertreter des Neumieterschutzverbandes lehnten es einstimmig ab, sich an einen Tisch mit diesem Specht zu setzen. Nachdem Specht in einem gesonderten Zimmer die Verhandlungen im Auftrage seiner neuen Organisation führte, haben die Vertreter des Neumieterschutzverbandes in positiver Arbeit wiederum nennenswerte Erfolge erringen können. Die Verhandlung des Herrn Specht mit den Herren des Wohlfahrtsamtes währte ganze 25 Minuten. In diesen 25 Minuten hat Herr von Specht wie immer wohlwollend von den Absichten der Vertreter des Wohlfahrtsamtes Kenntnis genommen. Wir aber als Vertreter des Neumieterschutzverbandes begnügen uns nicht mit wohlwollenden Erklärungen, sondern haben in jeder Sitzung positive Ergebnisse, die sich gerade für die notleidenden Mieter immer günstig ausgewirkt haben, erzielt.

Wir glauben, daß jeder denkende Neubaumieter erkennen muß und wird, daß eine Spaltung unserer Bewegung nur zum Schaden der Neubaumieter ist, ja, daß es ein Verbrechen an den Aermsten der Armen bedeutet. Deshalb fordern wir von unseren Mitgliedern, geschlossen den Kampf gegen die faschistische Spaltung aufzunehmen und alle diejenigen, die schwankend sind, zu überzeugen, daß sie nur erfolgreich den Kampf um eine erträgliche Miete und ein soziales Mietsrecht führen können, wenn sie einheitlich und geschlossen auftreten. Jede Zersplitterung hemmt uns. Je stärker und geschlossener wir auftreten, desto größer sind unsere Erfolge. Deshalb appellieren wir hier als Neumieterschutzverband an alle freiheitlich eingestellten Neubaumieter, sich stärker als in der Vergangenheit dem **Neumieterschutzverband anzugliedern, mit ihm gegen die Anschläge der finsteren Reaktion gemeinsam den Kampf aufzunehmen. Die Nationalsozialisten beweisen sich hier, wie an allen Stellen, als Schrittmacher der verschärften Ausbeutung. Zum Kampf gegen diese reaktionären Kräfte rufen wir alle diejenigen auf, die ein Interesse an einer wirklichen sozialen Mietsgestaltung haben. Haltet deshalb unserer Organisation die Treue und wir werden auch mit diesen jetzt offen auftretenden Gegnern fertig werden.**

Hallo, Straßenbahner und Gemeindearbeiter!

Die Bürokratie der Straßenbahner und Gemeindearbeiter plant weitere Verschlechterungen für eure wirtschaftliche Lage. Der Reichsmanteltarif bringt ungeheure Verschlechterungen für euch, und für den 1. Oktober steht ein neuer Lohnabbau bevor. Alle diese Fragen, die euch interessieren und gegen die es gilt, Kampfmaßnahmen zu beschließen, wird die „Arbeiter-Zeitung" am Freitag in einer Sonderseite für die Breslauer Straßenbahner und Gemeindearbeiter behandeln. Lege dir schon heute einen Groschen zum Kauf der „Arbeiter-Zeitung" zurecht!

Das Geld der Sparkasse



ist das Blut der Wirtschaft!

Eure Spargelder arbeiten für Euch, für Eure Existenz! Drum spart weiter bei der

Städt. Sparkasse zu Breslau

Tassilo Krienke
Zigarren-Spezialhaus
Sternstr. 5/9

fl. Fleisch- und Wurstwaren
empfiehlt billigst
Paul Peterzeit, Scheitniger Straße 23

Herzberg & Co.

Höfchenstraße 48 Blücherplatz 17
Leuthenstraße 10 Klosterstraße 64
Seidenstraße 17 Michaelisstr. 3
Frankfurter Str. 103, geg. d. Schlachthof
Gneisenauplatz 7
Niederlage: Gräbschener Straße 66

Bieten an vom Faß:
das ganze Liter

Breslauer	25%	= 1.40
Breslauer	32%	= 1.90
Weinbrand-Verschnitt	38%	= 2.40
Weinbrand echt	38%	= 3.80
Garantiert aus reinem franz. Wein		
Jam.-Rum-Verschnitt		2.85

Weine u. Obstweine v. Faß
das ganze Liter

Apfelwein süß	per Liter	0.55
Heidelbeerwein süß	„ „	0.70
Johannisbeerwein süß	„ „	0.70
Rheinwein zur Bowle	„ „	0.70
Muskateller	„ „	1.00
Deutscher Wermutwein	„ „	0.70
Tarragona	„ „	1.00
Malaga	„ „	1.20
Süßer ungar. Dessertwein	„ „	1.50
Prima Sprit	per Liter	4.60
Gebirgshimbeersaft	„ „	1.20

Tafel-Liköre einschl. Flasche
Meisterwerke der Destillierkunst.
Bitter, Leuchtkäfer, Bergamotte-Aroma, Ingwer, Kümmel, Anisette, Pfefferminz u. a.
30% per 1/1 Fl. 2.00 per 1/2 Fl. 1.15
35% per 1/1 Fl. 2.70 per 1/2 Fl. 1.50

Liegnitz

Kaufhaus Guttfeld
Liegnitz, Ring 20/21
Seit 1879 gut und billig

Wir liefern
Plakate
Briefbogen
Rechnungen
Programme
Einlaßkarten
Flugblätter
Werke
Zeitungen
Zeitschriften
Massenauflagen in Flach- und Rotationsdruck preiswert
FORTSCHRITT
AG. FILIALE BRESLAU
Trebnitzer Str. 50
Telephon 484 55

ihren stoff verarbeiten wir als
anzug od. mantel
gutsitz. a. roßhaar f.
28.- 22.- **16.-** rm.
b. k. v.
nikolaistadtgraben 6
5. haus v. königsplatz
n. d. bürgerwerder

Inserate
haben in unserer Zeitung
besten Erfolg